

BERLÄYÑ 02/17

international Nummer 140

DER NEWSLETTER DES INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN

Der [interkulturelle Kalender](#) für den Monat Februar:

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am Montag, dem 16.01.2017, fanden im Festsaal des Rathaus Charlottenburg die Wahlen zum Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen statt. Vertreter/innen von Migrantenorganisationen und -vereinen entschieden über die neue Zusammensetzung des Landesbeirats für die nächste Wahlperiode. Lesen Sie ab [Seite 4](#) die Statements der neuen Mitglieder.

Ein neues Onlineportal im Internetauftritt des Berliner Integrationsbeauftragten porträtiert in Berlin lebende Geflüchtete, die ihre Integrationsgeschichte erzählen. Mehr dazu auf [Seite 4](#) in dieser Ausgabe.

Der kurze Blick in das Inhaltsverzeichnis auf den [Seiten 2 und 3](#) gibt Auskunft über die weiteren Themen. Vielleicht finden ja Sie dort die eine oder andere Meldung von Interesse.

Ihre Redaktion

BERLIN INTERNATIONAL erscheint wieder am 28.02.2017.
Redaktionsschluss für die Ausgabe März 2017 (Nr. 141) ist der 22.02.2017.

IMPRESSUM: BERLIN INTERNATIONAL. Ein e-Informationsforum des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration. Potsdamer Straße 65; 10785 Berlin. Vormalig „Top - Berlin international“. Erscheint mit elf Ausgaben im Jahr als E-Mail-Anhang im PDF-Format und ist kostenlos. Die Dateigröße kann je nach Inhalt zwischen 1 und 2 MByte variieren. Abonnementbestellung/-löschung und Zusendungen für die Veröffentlichung in BERLIN INTERNATIONAL unter folgender E-Mail-Adresse: Newsletter@intmig.berlin.de. Keine Haftung für unverlangt zugeschicktes Material und kein Anspruch auf Veröffentlichung. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung mit Quellenangabe erwünscht. Redaktion, Grafik und Produktion: Fred Vollmer, AL I 22; Tel: (030) 9017-2374 /-34; Fax: 9017-2320. Diese und weitere Ausgaben im Internet unter <http://www.berlin.de/lb/intmig/service/newsletter/>
31.01.2017 [1.995 | Jahrgang 34]

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14 St. Valentin
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28 Fastnacht

Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken

So integrieren sich Geflüchtete in Berlin -
 Regierender Bürgermeister und Integrationsbeauftragter starten Internet-Portal „Integration leben“ 4
 Wahl zum Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen: Die neuen Vertreter/innen stellen vor 4
 Erstorientierung in fünf Sprachen: Informationspaket für Geflüchtete 5
 Das Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und Integrationslotsen:
 Die Fachstelle Landesrahmenprogramm Integrationslots*innen 6
 Das IQ Landesnetzwerk Berlin: Rück- und Ausblick zum Jahreswechsel 7
 Arbeitssenatorin Breitenbach: Langzeitarbeitslosigkeit ist eine politische Herausforderung 9
 Geflüchtete beziehen erste Flüchtlingsunterkunft in modularer Bauweise –
 fünf weitere Turnhallen werden freigezogen 9
 27. bis 31.03.2017: Wahlen zu den bezirklichen Seniorenvertretungen. Mehrsprachiger Wahlauf Ruf 10
 Neu: FlüchtlingsSeelsorgeTelefon 10

Aus dem Landespressedienst

Müller in seiner Neujahrsansprache: „Für ein Berlin, das so weiterlebt, wie wir es lieben“ 11
 Müller ruft zu Nominierungen auf: „Band für Mut und Verständigung“ 12
 Frist für Vorschläge endet am **1. März 2017** 12
 Geisel: „Was Berlin zur Aufklärung beitragen kann, wird Berlin beitragen“ 12
 Partnerschaft fürs Ehrenamt jetzt grenzenlos –
 Woidke und Müller präsentieren gemeinsame Ehrenamtskarte 13
 100-Tage-Programm für ein solidarisches, nachhaltiges und weltoffenes Berlin 14
 Berliner Präventions- und Sicherheitspaket 16
 Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters 16
 10 Jahre Landesinstitut für Schule und Medien 17
 Bundesverfassungsgericht lehnt NPD-Verbot ab 18
 Senat beschließt Programm gegen Gewalt an Schulen 18
 Müller zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus 19
 Müller: „Jemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“ 19
 Berliner Projektfonds um 750.000 Euro für Projekte von und mit Geflüchteten erhöht 19

Anfragen an den Senat

„Kinderschutz im „bundesweiten Ankunftszenrum“ für Geflüchtete in Berlin“ (Link)
 und weitere Anfragen ab Seite 20

Aus Europa, Bund und Ländern

Berliner Europaportal 21
 Förderung der Maßnahme "Migration und gesellschaftlicher Wandel". Frist: **01.03.2017** 21
 BMI: 280.000 Asylsuchende im Jahr 2016.
 Deutlicher Rückgang des Zugangs von Asylsuchenden, 745.545 Asylanträge 22
 Studie: Was Flüchtlingen wirklich wichtig ist 22

Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

Trainingsseminar: »Stärke statt (Ohn-)Macht. Anmeldefrist: **17.02.2017** 23
 GIZ e.V.: IDEA-Zertifizierungskurs Pädagogische/r Assistent/in. Beginn: **06.03.2017** 23
 FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB): Aktuelle Weiterbildungen im FCZB ab Februar 23
 „Talent Take Off – Einsteigen“ – Orientierung im MINT-Dschungel
 für Schülerinnen und Schüler der 10. – 13. Klasse Bewerbungsschluss: **19.02.2017** 24
 28.02., La Red e.V.: Seminar Existenzgründung 25
 Stellenausschreibung: Leitung des Frauenhauses BORA ab 01.06.2017. Frist: **12.02.2017** 25
 15.02., Be HOGA-Infotour: Interesse am Gastgewerbe? Infotour im Bus zu drei Hotels und Restaurants 26
 Job Destination Europe: Betriebliches Praktikum in Marseille. Start: **27.02.2017** 26
 START-Schülerstipendium: Neu in Deutschland? Bewirb dich bei START! Frist: **15.03.2017** 27

Workshops/ Tagungen

17./18.02., Hannover: „Vielfalt verbindet“ Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 201727
21.02., Fachtagung: Meine Sprache - Meine Stärke. „Mehrsprachigkeit in Familie, Kita und Schule“28
18.02., Inssan e.V.: Netzwerktreffen muslimischer Akteure in der Geflüchtetenhilfe.	
Anmeldung bis: 12.02.201728
06.-07.03., FES Berlin: #Angekommen.	
Der Integrationskongress der Friedrich-Ebert-Stiftung. Anmeldefrist: 20.02.201729

Initiativen

„SeeleFon“: Bundesverband der Angehörigen (BApK e.V.) startet Beratungstelefon für Flüchtlinge29
26.02., Danke-Feier in Berlin: Evangelische Landeskirche lädt Ehrenamtliche ein30
Kulturstiftung des Bundes: 360°- Fonds für Kulturen der neuen Stadtgesellschaft.	
Info-Tour zu Fördermöglichkeiten macht Station in Berlin am 27.03.201730

Aus Projekten und Vereinen

25. u. 26.02., FEZ: Kochen mit Freunden - Eine kulinarische Mitmachreise für die ganze Familie!31
AfroPolitan Berlin Programm Februar 201732
BAYOUMA-HAUS: Programm Februar 2017 (Auszug)32

Veranstaltungen

Akademieprogramme des Jüdischen Museums: Veranstaltungen Februar 201733
Das HKW ist wieder da! Das HKW wird am 2.2.2017 mit der „transmediale“ wiedereröffnet34
Bis 03.03., Ausstellung und Film – „Hilar una Frase: Wörter aneinanderreihen“34
25.02., Afrika-Haus, Black History Month:	
“FATOU RAMA”- Musikalische Lesung von und mit MFA KERA35

Veröffentlichungen/ Internet-Tipps

„Gewalt gegen Frauen: erkennen und helfen“. Kostenlose Neuauflage verfügbar35
---	---------

Nachrichten aus dem Haus, Berlin und den Bezirken



SO INTEGRIEREN SICH GEFLÜCHTETE IN BERLIN

Regierender Bürgermeister und Integrationsbeauftragter starten Internet-Portal „Integration leben“

Das neue Onlineportal www.berlin.de/integration-leben porträtiert in Berlin lebende Geflüchtete, die ihre Integrationsgeschichte erzählen. Bemühungen und Wege zur Integration geflüchteter Menschen werden in persönlicher Begegnung virtuell nacherlebbar und nachfühlbar. Helfende berichten von ihrem persönlichen Engagement und ihrem hautnahen Erleben von Integrationsprozessen. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, und der Beauftragte für Integration und Migration des Landes Berlin, Andreas Germershausen, schalteten das neue Webangebot heute in den Räumen des Kreuzberger Social Start-up HiMate frei.

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller: „Die Integration geflüchteter Menschen ist eine große Herausforderung für unsere Stadt und für die Berlinerinnen und Berliner. Das neue Internetportal ist dabei eine wichtige Unterstützung. Je schneller es uns gelingt, diese wichtige Aufgabe erfolgreich zu bewältigen, desto mehr und rascher ist damit denen geholfen, die bei uns Schutz suchen, und desto mehr wird darüber hinaus auch Berlin von ihnen profitieren. Ich danke dem Social Start-up HiMate, das sich kreativ in der Arbeit für und mit Geflüchteten engagiert und bei dem wir zu Gast sein konnten.“

Berlins Integrationsbeauftragter Andreas Germershausen: „Wir wollen in unserem neuen Portal zeigen, was Integration für Geflüchtete ganz konkret bedeutet. Das Portal macht sichtbar, welche kleinen und auch großen Schritte dazu führen, dass sich Menschen bei uns heimisch und wohl fühlen.“ Zentrales Anliegen sei es, die Sichtweise Geflüchteter unmittelbar neben die der Helfenden aus der Berliner Bevölkerung zu stellen: „Beide Perspektiven zusammengenommen machen erst deutlich, wie Integration Schritt für Schritt funktioniert. Und einmal mehr wird klar, dass Integration ein Prozess ist, der beide Seiten, die Geflüchteten und unsere Gesellschaft, noch lange Zeit beschäftigen wird.“

Der Start der neuen Webseite fand bei HiMate statt. Von diesem Kreuzberger Social Start-up handelt auch ein Bericht auf www.berlin.de/integration-leben. HiMate bietet in einer App Gutscheine und Tickets für Geflüchtete an. HiMate beschäftigt Geflüchtete, die konkrete Bedürfnisse von Flüchtlingen aus ihrer eigenen Erfahrung einbringen. Sie und andere Protagonisten des neuen Integrationsportal waren beim Start der Webseite dabei und standen für Gespräche zur Verfügung.

Einige Berichte werden durch Videos illustriert. Die neue Internetseite wird kontinuierlich mit weiteren Geschichten von Menschen ergänzt, die Integration leben, erleben und unterstützen. Die Seite ist derzeit in Deutsch verfügbar. Weitere Sprachen folgen.

Wahl zum Landesbeirat

für Integrations- und Migrationsfragen:

DIE NEUEN VERTRETER/INNEN STELLEN VOR

Am Montag, dem 16.01.2017, fanden im Festsaal des Rathaus Charlottenburg die Wahlen zum Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen statt. Vertreter/innen von Migrantenorganisationen und -vereinen nahmen ihr Wahlrecht wahr und entschieden über die neue Zusammensetzung des Landesbeirats für die nächste Wahlperiode.



Foto: Die gewählten Vertreter/innen des Landesbeirats sowie Reihe vorn: 3. v. l.: Elke Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, 4. v. l.: Daniel Tietze, Staatssekretär für Integration; Reihe hinten 3. v. l.: Andreas Germershausen, Beauftragter des Senats für Integration und Migration. Bild: IntMig.

Elke Breitenbach, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, beglückwünschte die sieben Neugewählten. „Ich wünsche mir für die Zukunft einen starken Landesbeirat, der auch intensiv mit den Abgeordnetenhausfraktionen zusammenarbeitet, und erhoffe mir einen starken Input der Migrantenvorteiler/innen für die Politik unserer Stadt“, so Elke Breitenbach.

Zur Motivation für ihre Kandidatur sagten die neuen Mitglieder:

- **Anna Czechowska**, gewählt für Europa, Mitgliedsländer der EU: „Ich möchte Projekte für Frauen mit Migrationsgeschichte stärken. Dabei geht es mir um eine andere Form der Zusammenarbeit und Finanzierung von Projekten. Wir brauchen mehr politische Teilhabe und wollen selbst einen Beitrag zur Integration leisten.“ „Mir geht es vor allem um gleiche Chancen in der Bildung und die Teilhabe von Geflüchteten,“ sagt Kava Spartak, gewählt für die Region Naher und Mittlerer Osten.
- **Nuran Yigit**, Vertreterin für die Region Türkei, möchte das Thema Rassismus in jeder Form im Beirat verankern. „Ich lege den Schwerpunkt auf Antidiskriminierung, vor allem in der Bildung, und werde mich gegen Rassismus in jeder Form einsetzen.“
- **Peter Nowak**, gewählt für die Gruppe der Aus-siedlerinnen und Aussiedler, möchte sich für die Förderung der Mehrsprachigkeit, auch in den Familien, einsetzen.
- **Edwin Florina Greve**, Vertreter für die Region Europa außerhalb der EU, sind der soziale Wohnungsbau und die Barrierefreiheit besonders wichtig. Die gewählten Vertreter/innen seien ein tolles Team.
- **Nadya Arzouni**, der Vertreter der übergreifenden Kategorie ohne regionale Zuteilung verdeutlicht: „Ich werde mich für den sozialen Wohnungsbau und gegen Diskriminierung einsetzen. Ich möchte die Stimme von LSBTI Migrant/innen stärken.“
- **Bertrand Njome**, Vertreter der Region Afrika und Amerika, lobt den Koalitionsvertrag als sehr vielversprechend und betont: „Ich freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Senat.“

Der Landesbeirat ist das wichtigste Partizipationsgremium in Berlin. Er erarbeitet Empfehlungen zur Integrationspolitik für die Arbeit des Senats sowie für gesellschaftliche Gruppen. Darüber hinaus dient er der Beratung über ein breites Spektrum integrationspolitischer Fragen zwischen Vertretungen von Einwanderer-Communities mit Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppen und dem Berliner Senat.

Um alle Herkunftsgruppen zu berücksichtigen, werden 6 der 7 Plätze für bestimmte Herkunftsregionen quotiert. Zur Wahl wurden 34 Bewerber/innen zugelassen. Wahlberechtigt waren 199 Migrantorganisationen, die sich auf einer beim Integrationsbeauftragten geführten Liste eingetragen haben.

Der Landesbeirat wurde 2003 vom Berliner Senat eingerichtet und mit dem Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG) auf eine gesetzliche Grundlage ge-

stellt. Die Führung der Geschäfte des Landesbeirates für Integrations- und Migrationsfragen ist beim Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration angesiedelt.

Mehr Informationen im Internet unter:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/integrationsbeirat/>

Erstorientierung in fünf Sprachen: INFORMATIONSPAKET FÜR GEFLÜCHTETE

Am 18. Januar hat Andreas Germershausen, der Beauftragte des Senats für Integration und Migration, den Bewohnerinnen und Bewohnern der Unterkunft Pichelswerder Straße 3-5 (Spandau) das Infopaket persönlich übergeben. „Jetzt haben in allen Berliner Flüchtlingsunterkünften Geflüchtete eine sehr gute Information über das Zusammenleben und die Chancen in Berlin erhalten. Wir haben das Infopaket in 5 Sprachen und einer Gesamtauflage von 50.000 Exemplaren produziert und in den letzten Wochen verteilt,“ teilte Germershausen mit. Neu in die Stadt kommende Asylsuchende erhalten das Informationspaket zukünftig über das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten.



Das Informationspaket enthält die wichtigsten Hinweise zum Ankommen in der Weltstadt Berlin. Das umfasst Informationen zum Asylverfahren, zu Sprachkursen und Bildungsberatung, zu Schule und Kita sowie zur Arbeitsaufnahme und zum Arbeitsrecht. Die Geflüchteten werden über die kostenlosen Deutschkurse an den Volkshochschulen informiert, über Willkommensklassen für Kinder im schulpflichtigen Alter und zu Voraussetzungen für die Aufnahme einer Ausbildung. Weitere Kapitel behandeln Fragen zum Zusammenleben in Deutschland, zum Diskriminierungsschutz und zu Rechten von Frauen und LSBTI.

Die Themen sind breit gefächert. Zum einen sollen Asylsuchende von Anfang an mit Informationen versorgt werden, die die Wege und Verfahren im Zusammenhang mit dem Asylgesuch erläutern. Die Menschen sollen ihre Rechte kennen und erfahren, an wen sie sich wenden können. Das schafft Transparenz und mehr Sicherheit in einer unsicheren Lebenssituation, in der sich die Betroffenen befinden. Darüber hinaus braucht eine gelingende Integration Kenntnis über Möglichkeiten und Angebote z. B. zum Spracherwerb und zur Anerkennung von beruflichen Qualifikationen.

Das Informationspaket für Geflüchtete ist eine Maßnahme des Senats zur Erstorientierung für Geflüchtete aus dem Masterplan „Integration und Sicherheit“. Er-

schiene ist das Informationspaket als übersichtlich gestaltete Broschüre, deren Farbbregister für ein rasches Zurechtfinden sorgt. Das Informationspaket liegt in 5 verschiedenen Sprachen (Arabisch, Farsi, Französisch, Englisch und Deutsch) vor.

Um die Informationen möglichst vielen Geflüchteten, aber auch AkteurInnen und MultiplikatorInnen zukommen zu lassen, werden sie kurzfristig als Download auf der Website des Integrationsbeauftragten zur Verfügung stehen:

<http://www.berlin.de/lb/intmig/veroeffentlichungen/gefluechtete>



Das Landesrahmenprogramm Integrationslotsinnen und Integrationslotsen – DIE FACHSTELLE LANDESRAHMENPROGRAMM INTEGRATIONSLOTS*INNEN

„Neues Jahr – neue Arbeitsplanung“, dieses Motto ist für die Fachstelle (früher Regiestelle) des Landesrahmenprogramms Integrationslots*innen Berlin, die das Landesrahmenprogramm seit 2013 umsetzt, begleitet, weiterentwickelt und evaluiert bereits zur Tradition geworden. Die bei der SPI Consult GmbH angesiedelte Organisations- und Steuerungseinheit lenkt, organisiert und entwickelt das Programm im Auftrag der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Büro des Berliner Integrationsbeauftragten.

Das Landesrahmenprogramm ermöglicht seit Ende des Jahres 2013 die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von mittlerweile 193 Integrationslots*innen oder Stadtteilmüttern. Mit der Etablierung des Programms wurden die erfolgreichen bezirksorientierten Ansätze der niedrighschwelligigen Integrationsarbeit unter ein gemeinsames, berlinweites Dach gestellt.

Integrationslotsinnen und -lotsen sowie Stadtteilmütter erläutern alltägliche Abläufe, helfen bei Übersetzungen und begleiten zu Terminen in Beratungseinrichtungen. Sie haben in der Regel selbst einen Migrationshintergrund und sind konkrete Integrationshelfer*innen und Mittler*innen zwischen den Kulturen.

Jeder Berliner Bezirk verfügt mittlerweile über ein bis zwei Projekte, in denen Integrationslots*innen oder Stadtteilmütter, die aus dem Landesrahmenprogramm finanziert werden, angestellt sind. Hinzu kommt ein

„Mobiles Team“, welches an großen Unterkünften für Geflüchtete eingesetzt wird. Dieses Netzwerk aus 16 Trägern wird von der Fachstelle koordiniert, indem in jedem Quartal Trägertreffen zu wichtigen Themen, wie auch zur Standardisierung und Weiterentwicklung des Programms angeboten werden. Darüber hinaus steht die Fachstelle den Trägern für alle zuwendungsrechtlichen und fachlichen Fragen zur Verfügung, überprüft die Einhaltung der Berichtspflichten, Führung der Statistik und der Vorgaben zur Öffentlichkeitsarbeit.

Der berlinweite Austausch der Träger und Integrationslots*innen untereinander wird auch durch die regelmäßige Gruppensupervision der Teamleitungen der Lots*innenprojekte befördert. Zur Unterstützung der anspruchsvollen Tätigkeit der Integrationslots*innen und Stadtteilmütter selber organisiert die Fachstelle Teamsupervision und bei Bedarf Einzelsupervisionsstunden.

Herzstück des Begleitprogramms sind aber die Qualifizierungsangebote. Eine bereits seit 2014 erprobte Basisqualifizierung, die für alle Integrationslots*innen verpflichtend ist und berufsbegleitend angeboten wird, wird derzeit zum neunten Male durchgeführt. Die Fachstelle hat in Zusammenarbeit mit den Dozent*innen der Basisqualifizierung ein Durchführungshandbuch erarbeitet, welches die Unterrichtsmaterialien für die vier Module „Kommunikation und Beratung“, „Grundlagen der Sozialgesetzgebung“, „Bildungsstrukturen in Deutschland und Berlin“ und „Struktur und Aufgaben der Bezirksverwaltungen“ enthält. Aufbauend auf diese Module bietet die Fachstelle einen über das Jahr verteilten Katalog an Zusatzqualifizierungen an. Hier werden vor allem Themen behandelt, die in direktem Zusammenhang mit der täglichen Arbeit der Integrationslots*innen stehen. Exemplarisch genannt seien hier „Grundlagen des Asyl- und Aufenthaltsrechts“, „Grenzen der Sprachmittlung“ oder auch „Umgang mit traumatisierter Klientel“.

Es ist geplant, die Integrationsarbeit der Bezirke durch sog. Bezirkskoordinator*innen zu unterstützen, damit die Projekte vor Ort noch effizienter arbeiten können. Die Fachstelle wird diese Bezirkskoordinator*innen vernetzen und bietet schon jetzt Unterstützung an, indem in allen Bezirken individuelle Arbeitsplanungen mit den Projekten und den Integrationsbeauftragten besprochen werden. Dazu werden alle Projekte von den Mitarbeiter*innen der Fachstelle besucht, zum Jahresbeginn und, um den Verlauf zu verfolgen, nochmals im Herbst 2017.

Alle beschriebenen Maßnahmen dienen der Qualitätssicherung des Landesrahmenprogramms. Um die Qualitätsstandards zu erfüllen und frühzeitig die Programmsteuerung vornehmen zu können, erarbeitet die Fachstelle zusammen mit Camino e.V. derzeit spezielle Qualitätskriterien für ganz Berlin, evaluiert die Qualifizierungen und unterstützt den Prozess der Professionalisierung der beruflichen Tätigkeit.

Der Koalitionsvertrag des Landes Berlin sieht eine Stärkung des Landesrahmenprogramms vor. Gemeinsam mit der Senatsverwaltung arbeitet die Fachstelle daran, den besonderen integrationspolitischen Ansatz des Landesrahmenprogramms heraus zu stellen und so die Konsolidierung des Programms zu erreichen. Die Nachfrage nach Verweisberatung, Begleitung und Sprachmittlung durch die Integrationslots*innen ist hoch und steigt noch immer. Auch das Interesse vieler Kooperationssuchender und das anderer Bundesländer an diesem speziellen integrationspolitischen Ansatz, der zugleich beschäftigungsfördernd wirkt, wächst stetig. Somit ist das Landesrahmenprogramm Integrationslots*innen Berlin mit seinen Begleitstrukturen ein echtes Zukunftsmodell für Einwanderungsstädte.

Kontakt

Fachstelle Integrationslots*innen Berlin
bei der SPI Consult GmbH
Bernburger Straße 27
10963 Berlin

Tel: (030) 6900 8564

E-Mail: h.dendl@spiconsult.de
Internet: <http://www.spiconsult.de>

Kontakt zum Landesrahmenprogramm

Kai Leptien
Landesrahmenprogramm
Integrationslotsinnen und Integrationslotsen
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Telefon: (030) 9017 2345, Fax: (030) 9017 2320

E-Mail: Kai.Leptien@intmig.berlin.de
Internet:
<http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/integrationslotsinnen/>

IQ LANDESNETZWERK BERLIN



Rück- und Ausblick zum Jahreswechsel

Das IQ Landesnetzwerk (LNW) blickt auf ein ereignisreiches Jahr 2016 zurück, das geprägt war von Neuausrichtung und – damit einhergehend – von Netzwerkerweiterung. Von 17 Teilprojekten wuchs das Netzwerk im vergangenen Jahr auf insgesamt 23 Projekte und stellte sich durch neue Angebote u. a. auf die speziellen Bedarfe von Menschen ein, die nach einer Flucht Berlin als neuen Wohnort gewählt haben.

Gleichzeitig stellte 2016 das LNW vor die Herausforderung, an kapazitären Grenzen zu arbeiten ohne dabei den eigenen Qualitätsanspruch aus dem Blick zu verlieren. Vor dem Hintergrund des rasanten Wachstums der Stadt durch Zuwanderung sowohl aus Dritt- als auch EU-Staaten stieg nämlich der Bedarf an den Angeboten des Netzwerks merklich. So ist mit über 4.400 Beratungen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen in 2016 ein Rekordwert erreicht worden.

Einen Spitzenwert stellt mit über 1.100 geschulten Mitarbeitenden von Jobcentern und Arbeitsagenturen ebenfalls die Zahl dar, die durch das IQ LNW Berlin zu Diversity-Themen und zur Anerkennungsthematik weiterqualifiziert wurden. Über 150 Personen mit Migrationshintergrund wurden im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen zudem eine bessere Perspektive auf dem Arbeitsmarkt eröffnet.

Rückblickend kamen in 2016 zwei Projektvorhaben des IQ Landesnetzwerks Berlin zum Abschluss: Die Sprachenwerkstatt „Miteinander lernen und verstehen“, umgesetzt durch die WIPA GmbH, erleichterte in 2016 über 15 geflüchteten Menschen durch fachgebietsbezogenes Deutschtraining den Übergang in die Beschäftigung in pflegerischen, gewerblich-technischen und kaufmännischen Berufen. Unterrichtet wurde zum Teil direkt in der Betriebsstätte – angepasst an die individuellen Beschäftigungszeiten der Teilnehmenden. Zurückschauend ist festzuhalten, dass der Bedarf an individuell ausgerichteten Sprachcoaching-Angeboten besonders unter den geflüchteten Menschen, die keinen Zugang zu regelgeförderten berufsbezogenen Sprachkursen haben, hoch ist. Auch ist ein solches Angebot als wertvolle Unterstützung für kleine und mittlere Betriebe aufzufassen, die aus Kapazitätsgründen auf kein internes vergleichbares Angebot zurückgreifen können.

Die Charité International Academy begleitete von 2015 bis 2016 rund 40 Medizinstudierende aus dem Ausland mit einem fachsprachlichen und kulturellen Training mit dem Ziel, den Studierenden zu kürzeren Studienzeiten, besseren Prüfungsergebnissen und einer verbesserten

Integration in das Uni-Geschehen zu verhelfen. So beklagen ausländische Medizinstudierende eine häufig erlebte Isolation und wenig Kontakt zu deutschen Kommilitoninnen und Kommilitonen, was u.a. auf mangelnde Sprachfertigkeiten und interkulturelle Unterschiede zurückzuführen ist. Insgesamt sind drei Projektdurchläufe erfolgt mit der positiven Resonanz, dass die Zahl der Studienabbrüche bei der Zielgruppe verringert werden konnte. Vor dem Hintergrund der Fachkräfteabwanderung von deutschen Ärztinnen und Ärzten ins Ausland bleibt die Motivation von ausländischen Studierenden zum Verbleib in Deutschland weiterhin wichtig. Die vollbesetzten Kursdurchläufe belegen darüber hinaus den Bedarf seitens der Studierenden.

Leider war eine Fortführung dieser zwei Projektvorhaben im Rahmen des IQ Landesnetzwerks Berlin nicht möglich, da berufsbezogene Deutschangebote künftig über die sog. Deutschsprachförderverordnung (DeuFöV) des Bundes abgedeckt werden.

Wir danken den beteiligten Kolleginnen und Kollegen für ihr Engagement und den wertvollen Beitrag für das Landesnetzwerk! Beide Projektvorhaben erzielten sehr positive Ergebnisse.

Ausblickend stellen wir im Folgenden einige Schlaglichter aus unserer Projektarbeit vor, die wir in 2017 als Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationsgeschichte in Berlin fortsetzen:

TASTE the Job

(Talente Ausprobieren - Stärken Einbringen)

Sprachbarrieren und fehlende Kenntnisse der Qualifikation und der Anforderungen des deutschen Arbeitsmarktes erschweren die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten und asylsuchenden Menschen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite wirkt sich fehlender Kontakt zwischen geflüchteten Menschen und Unternehmen hinderlich auf die Personalakquise aus. Mit dem „Taste the Job“-Format begegnet der Netzwerkpartner LIFE e.V. im Rahmen des Projekts „Eine Frage der Einstellung“ diesen Herausforderungen und organisiert seit 2016 anwendungsorientierte Praxissimulationen in Kooperation mit Berliner Unternehmen. In den Praxissimulationen können sich Interessierte an konkreten, arbeitsfeldtypischen Anforderungen ausprobieren und herausfinden, ob eine Beschäftigung, Ausbildung oder Qualifizierungsmaßnahme im jeweiligen Unternehmen in Frage kommt. Das Unternehmen lernt wiederum potentiell künftig Beschäftigte oder Auszubildende kennen.

Zwei Taste the Job-Veranstaltungen wurden im vergangenen Jahr in Kooperation mit dem Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH sowie mit WISTA-MANAGEMENT GMBH, der Betreibergesellschaft des Technologieparks Adlershof, mit insgesamt 50 Teilnehmenden umgesetzt. 2017 geht es nahtlos weiter mit weiteren Job-Tastings, u.a. in der Fahrgastschiffahrt und im Hotel- und Gastgewerbe.

Weitere Informationen zu TASTE the Job finden Sie unter:

<http://www.berlin.netzwerk-ig.de/interkultur-diversity/unternehmen/>

Sprachkompetenz und Berufsorientierung für geflüchtete Menschen

mit Interesse an einem Pflegeberuf (SprBo)

In Anbetracht des Fachkräftemangels im Pflegesektor, der mit Auszubildenden aus Deutschland allein nicht mehr zu decken ist, bieten Gesundheitsberufe zu dieser Zeit bekanntlich eine gute Beschäftigungschance. Speziell für geflüchtete Menschen mit Interesse an einem Gesundheitsberuf initiierte das IQ Landesnetzwerk Berlin vor diesem Hintergrund eine Maßnahme, die über pflegepraktische Übungen und berufsbezogenes Sprachtraining einen Einblick in das weite Feld der Pflegeberufe in Deutschland gibt. Als Partner in der Umsetzung konnten die Charité – Universitätsmedizin Berlin und das Vivantes – Netzwerk für Gesundheit GmbH gewonnen werden. Beiden Partnern ist es ein Anliegen, das Potenzial von Neuzugewanderten in Berlin zu fördern und den Menschen, die sich für Pflegeberufe interessieren, eine Einstiegsmöglichkeit zu bieten.

Am 08. Dezember startete mit 20 Teilnehmenden der erste Kursdurchlauf, der sechs Monate dauert und jeweils 15 Stunden Sprachunterricht und jeweils 15 Stunden praxisnahe Berufsorientierung vorsieht. Ergänzende Kursbausteine sind u.a. Karriereberatung und Unterstützung bei der Einmündung in weiterführende, qualifizierende Pflegeausbildungen.

Bis Ende 2018 sind insgesamt vier SprBo-Kurse geplant. Der nächste Kursdurchlauf startet im Juni 2017. Weitere Termine und Informationen zu SprBo können Sie unter

http://www.berlin.netzwerk-ig.de/fileadmin/redaktion_berlin/div_dokumente/flyer/16_1209_charite_vivantes_SprBo_flyer.pdf nachlesen.

Aktuelles zu diesen und weiteren Projektvorhaben sowie sämtliche Kontaktdaten im IQ Landesnetzwerk Berlin finden Sie auf unserer neuen Website: <http://www.berlin.netzwerk-ig.de/>.

Kontakt zum IQ Landesnetzwerk Berlin

Viktorija Blank,
Koordinationsstelle des IQ Landesnetzwerks Berlin

Büro des Beauftragten des Senats
für Integration und Migration
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin

Tel.: (030) 9017 2361

E-Mail: Viktorija.Blank@intmig.berlin.de
Internet: <http://www.berlin.netzwerk-ig.de>

Arbeitsministerin Breitenbach:

LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT IST EINE POLITISCHE HERAUSFORDERUNG

Im Dezember waren in Berlin insgesamt 172.604 Arbeitslose gemeldet. Das waren 1.730 mehr als im Vormonat, aber 11.663 weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote betrug 9,2 Prozent. Sie lag damit gleichauf mit dem Wert im Vormonat und um 0,9 Prozentpunkte unter dem des Vorjahres. Hinzu kommen noch all diejenigen, die nicht als arbeitslos im Sinne des Sozialgesetzbuches gelten, weil sie an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnehmen oder in einem arbeitsmarktbedingten Sonderstatus sind.

1.388.600 Personen waren im Oktober sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 47.454 mehr als ein Jahr zuvor. Mit dieser Steigerung von 3,5 Prozent liegt Berlin weiter über dem bundesdeutschen Durchschnitt, diesmal um 2,3 Prozentpunkte.

Die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Elke Breitenbach erklärt: „Die Entwicklung auf dem Berliner Arbeitsmarkt ist weiter positiv. Gemeinsam mit allen Akteuren am Arbeitsmarkt dürfen wir dennoch in unserem Bestreben nicht nachlassen, Arbeitslosigkeit in der Stadt weiter ab- und existenzsichernde Beschäftigung weiter aufzubauen. Dabei dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, dass die Zahl von 52.952 langzeitarbeitslosen Menschen in der Stadt noch immer bedrückend hoch ist. Langzeitarbeitslosigkeit ist kein Schicksal, sondern eine Herausforderung für uns alle, für die Unternehmen und die Politik gleichermaßen.“

Um ihr zu begegnen, bedarf es großer Anstrengungen. So werden wir prüfen, wie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gezielt Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Aber auch die Unternehmen müssen umdenken: weg von Vorurteilen gegenüber Menschen, die bereits länger arbeitslos sind, hin zur Bereitschaft, ihnen Türen in die Arbeitswelt zu öffnen. Das ist nicht nur wichtig für die Betroffenen, sondern auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, denn wer Fachkräfte will, darf auch Langzeitarbeitslose nicht abschreiben. Schließlich ist der Bund gefordert, gesetzliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche und nachhaltige Integration Langzeitarbeitsloser in Arbeit zu schaffen. Dafür werden wir uns einsetzen. Es muss Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert werden.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-0

[PM SenIAS v. 03.01.2017]

Geflüchtete beziehen erste Flüchtlingsunterkunft in modularer Bauweise –

FÜNF WEITERE TURNHALLEN WERDEN FREIGEZOGEN

Ab 31. Januar 2017 werden die ersten Geflüchteten in die neue modulare Flüchtlingsunterkunft in der Wittenberger Straße in Marzahn-Hellersdorf einziehen. Damit wird das erste Wohnensemble bezogen, das in Berlin speziell für Geflüchtete konzipiert und in modularer Bauweise errichtet worden ist. In einem ersten Schritt werden rund 300 Geflüchtete aus fünf Turnhallen in Steglitz-Zehlendorf in ihr neues Heim umziehen. Der Komplex bietet insgesamt Platz für 450 Menschen. Er besteht aus insgesamt drei Gebäuden, davon zwei Wohngebäuden. Diese sind aus jeweils sechs Modulen gebaut, damit können sie je nach Bedarf voneinander getrennt und für besonders geschützte Personengruppen bereitgehalten werden. Auch Wohneinheiten für Familien sowie barrierefreie Wohnbereiche wurden von vornherein in den modularen Flüchtlingsunterkünften mit geplant.

Die Senatorin für Arbeit, Integration und Soziales, Elke Breitenbach: „Ich bin froh, dass für viele Geflüchtete mit dem Umzug endlich eine nur schwer zu ertragende Lebenssituation in Turnhallen beendet werden kann. Für sie bietet sich in dieser qualitativ gut ausgestatteten Unterkunft eine längerfristige Perspektive. Die Erwachsenen und auch die Schulkinder bleiben in ihrem über Monate gewachsenen sozialen Verbänden zusammen und können nun ein eigenständiges Leben führen. Dies ist wichtige Voraussetzung, wenn Integration gelingen soll.“

Die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher: „Diese erste von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen errichtete Modulare Unterkunft für Geflüchtete wurde termingerecht und in hoher Qualität fertiggestellt. Das ist eine gute Nachricht für Menschen, die bei uns Zuflucht und ein Zuhause finden und künftig auch für die Menschen, die preiswerten Wohnraum brauchen.“

Dagmar Pohle, die Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf: „Wir bemühen uns um eine gute Integration der Menschen, dafür steht uns gerade in diesem Stadtteil ein besonders gutes und engagiertes Netzwerk an Partnerinnen und Partnern sowie Einrichtungen zur Seite.“

Claudia Langeheine, die Präsidentin des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten: „Ich freue mich, dass wir mehreren hundert Geflüchteten diese moderne Unterkunft zur Verfügung stellen können. Dieser Erfolg basiert auf der guten Zusammenarbeit mit allen Partnern, von den Senatsverwaltungen über den Bezirk bis zum Betreiber.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Telefon: (030) 9028-0

[PM SenIAS v. 27.01.2017]

27. bis 31.03.2017:

WAHLEN ZU DEN BEZIRKLICHEN SENIORENVERTRETUNGEN

Mehrsprachiger Wahlaufruf

Sie sind 60 Jahre und älter? Sie wollen Berlin mitgestalten? Dann unterstützen Sie die bezirkliche Seniorenvertretung Ihres Bezirkes!

Im Frühjahr 2017 werden die Mitglieder der bezirklichen Seniorenvertretung neu berufen.

Vorab können alle Seniorinnen und Senioren per Wahl eine Vorschlagsliste für ihren Bezirk bestimmen, aus der das jeweilige Bezirksamt entsprechend des Wahlergebnisses die Personen für die bezirkliche Seniorenvertretung beruft.

Was ist eine bezirkliche Seniorenvertretung?

- Eine bezirkliche Seniorenvertretung ist eine Interessensvertretung von Seniorinnen und Senioren. Sie setzt sich für gesellschaftliche Teilhabe, Einbindung und Mitwirkung älterer Menschen im Bezirk ein.
- Sie vermittelt zwischen der älteren Bevölkerung Berlins und den jeweiligen Bezirksamtern und anderen Behörden, Institutionen und Einrichtungen.

Welche Aufgaben hat die bezirkliche Seniorenvertretung?

- Beratung und Unterstützung älterer Menschen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche,
- Vertretung der Interessen der älteren Bevölkerung in der Öffentlichkeit,
- Erarbeitung von Vorschlägen zu Maßnahmen des Bezirkes,
- Informationen über seniorenrelevante Gesetze und deren Umsetzung,
- Integration aller gesellschaftliche Gruppen in ihrer Arbeit und
- Einbringen von seniorenpolitischen Anliegen in die Bezirksverordnetenversammlung.

Wie kann ich die bezirkliche Seniorenvertretung unterstützen?

- Gehen Sie zur Wahl der bezirklichen Seniorenvertretung!

Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und nehmen Sie so Einfluss auf das Leben der älteren Bevölkerung Berlins.

Weitere Informationen zur Kandidatur und zu den Wahlen erhalten Sie bei der Seniorenvertretung in Ihrem Bezirk.

Informationen zur Seniorenmitwirkung in Leichter Sprache auf den Seiten der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales:

<http://www.berlin.de/sen/soziales/themen/seniorinnen-und-senioren/>

Mehrsprachiger Wahlaufruf sowie Informationen zu den Wahlen der bezirklichen Seniorenvertretungen vom 27. – 31. März 2017 als PDF-Dokument unter folgenden Links abrufbar:

- [Englisch](#)
- [Französisch](#)
- [Türkisch](#)
- [Russisch](#)
- [Arabisch](#)
- [Vietnamesisch](#)

Weitere Informationen auf den Seiten der Landesseniorenvertretung Berlin (LSV) unter:

<http://www.ue60.berlin/index.php>

Neu:

FLÜCHTLINGSSEELSORGETELEFON

(030) 440 30 8112

<http://www.fluechtlingsseelsorgetelefon.de>

Beim FlüchtlingsSeelsorgeTelefon arbeiten Seelsorger des Muslimischen SeelsorgeTelefons und der Kirchlichen TelefonSeelsorge in Berlin und Brandenburg zusammen. Die TelefonSeelsorger sind fachkundig ausgebildet, um Menschen kompetent in persönlichen Krisensituationen zu unterstützen.

Krisensituationen kennt fast jeder: Man fühlt sich überfordert mit seiner Angst, seiner Trauer, seinen Sorgen. Man möchte mit keinem aus dem eigenen Umfeld über das persönliche Problem sprechen oder ist tatsächlich allein.

Das FlüchtlingsSeelsorgeTelefon bietet die Möglichkeit, anonym und kostenfrei über die Krisensituation zu sprechen. In dem Telefonat schenken wir dem Anrufer Gehör und suchen gemeinsam nach möglichen ersten Schritten aus der Situation.

Das FlüchtlingsSeelsorgetelefon ist ein Kooperationsprojekt des Muslimischen SeelsorgeTelefons, der Kirchlichen TelefonSeelsorge Berlin-Brandenburg, des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e.V., dem Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. und Islamic Relief humanitäre Organisation in Deutschland e.V..

Download des mehrsprachigen Info-Flyers unter:

http://www.fluechtlingsseelsorgetelefon.de/wp-content/uploads/2017/01/FST_Flyer2017_online.pdf

Kontakt

FlüchtlingsSeelsorgeTelefon
c/o Muslimisches SeelsorgeTelefon
Postfach 58 02 51
10412 Berlin

Tel: (030) 44 35 09 80
 Fax: (030) 44 35 09 828

E-Mail: info@mates.de

Aus dem Landespressedienst

30.12.2016, 08:50 Uhr
 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
 Müller in seiner Neujahrsansprache:

„FÜR EIN BERLIN, DAS SO WEITERLEBT, WIE WIR ES LIEBEN“

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, hat in seiner Neujahrsansprache den Opfern des Terrorakts vom 19. Dezember und ihren Familien sein Mitgefühl ausgesprochen und die Zuversicht geäußert, dass die Berlinerinnen und Berliner angesichts einer schwierigen Situation zusammenstehen. Müller unterstrich die große Bedeutung gegenseitiger Hilfe, solidarischen Handelns und Bürgerschaftlichen Engagements für das Zusammenleben in der Stadt.

Der Regierende Bürgermeister räumte Missstände ein und sagte zu, dass der neugebildete Senat im neuen Jahr zeitnah Maßnahmen wie Investitionen und Neueinstellungen u.a. in den Bereichen Verwaltung, Schulen, Nahverkehr, Wohnungsbau und Sicherheit umsetzt. Die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1990, Spitzenpositionen bei Wirtschaftswachstum und Gründungen böten dafür eine gute ökonomische Grundlage. Müller bekannte sich zur solidarischen Stadt, die sich durch friedliches Zusammenleben auch und gerade mit Menschen auszeichnet, die vor Konflikten in ihren Herkunftsländern in Berlin Schutz und neue Lebensmöglichkeiten suchen.

Im Folgenden dokumentiert das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin die Neujahrsansprache, die das Fernsehen des Rundfunks Berlin-Brandenburg am 1. Januar 2017 um 19.55 Uhr in voller Länge ausstrahlt, im vollen Wortlaut:

„Liebe Berlinerinnen und Berliner, liebe Nachbarn und Freunde unserer Stadt, ich hoffe, Sie hatten trotz der schrecklichen Ereignisse vom 19. Dezember, die unsere Stadt erschüttert haben, ruhige und besinnliche Weihnachtstage. 2016 war wirklich kein Jahr wie jedes andere. Vieles hat uns berührt, und es fällt immer noch schwer, nicht täglich an den unfassbar grausamen Anschlag zu denken. Unser Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen und ich wünsche allen Verletzten eine schnelle und gute Genesung.“

Natürlich überlegen wir alle mehr denn je, ob man jetzt auf einen Marktplatz, zu einem Konzert oder Sportereignis geht. Wir fragen uns, ob wir unser gewohntes Leben wirklich weiterführen können.

Der Terror hat sich nun auch bei uns in Berlin gegen unsere vielfältige und freie Art zu leben gerichtet und wir wissen, es gibt in freien Gesellschaften keine absolute Sicherheit. Das ist der Preis, den wir bereit sind für unsere Freiheit zu zahlen. Angesichts des Anschlags vom Breitscheidplatz wird uns bewusst, wie verletzlich wir sind, aber eben auch, dass wir in unserer demokratischen Gesellschaft nicht anders leben wollen.

Als Kind dieser Stadt weiß ich, die Berlinerinnen und Berliner werden jetzt das tun, was wir in schweren Zeiten immer getan haben: zusammenrücken, besonnen und selbstbewusst sein und Hass nicht mit Hass begegnen. Genauso klar ist: wir werden gegen diese und jede andere Form von Gewalt mit der ganzen Härte unseres Rechtsstaates vorgehen und auch, wenn der mutmaßliche Täter tot ist, nicht ruhen, bevor die Tat lückenlos aufgeklärt ist. Ich danke an dieser Stelle besonders der Polizei, der Feuerwehr und den Rettungskräften, die am 19. Dezember, aber auch jeden anderen Tag im Jahr alles dafür tun, damit wir sicher zusammenleben können.

Zu unserem Zusammenleben in Berlin gehört auch, dass sich die Menschen in dieser Stadt gegenseitig helfen. So haben mich im alten Jahr wieder besonders die Vielen in unserer Stadt beeindruckt, die sich für andere engagieren – in der Nachbarschaft, in den Vereinen, in Kirchen, Synagogen und Moscheegemeinden, als Freiwillige, die sich für Obdachlose und Geflüchtete einsetzen. Dieses Engagement macht Berlin menschlich und lebenswert.

Gemeinsam anpacken: So machen wir es auch im neuen Senat. Ärgerliche Missstände zu beseitigen wird dabei unsere wichtigste Aufgabe sein: Für eine bessere Verwaltung werden 5000 Mitarbeiter – pro Jahr – neu eingestellt. In den Nahverkehr investieren wir bis zu zwei Milliarden und für die Sanierung der Schulen mehr als fünf Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren. Das und viele weitere Maßnahmen für neue Wohnungen, mehr Sicherheit, gegen Kinderarmut und für soziale Gerechtigkeit sind fest vereinbart.

Berlin hat allen Grund zur Zuversicht. Die Wirtschaft wächst. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 1990. Berlin ist bundesweit Spitze beim Gründen neuer Unternehmen. Wir haben tolle Kultureinrichtungen und exzellente Hochschulen. Das freie, das weltoffene Berlin lockt viele Menschen aus der ganzen Welt an. Darauf wollen wir aufbauen. Wir starten in ein Jahrzehnt der Investitionen in alle Stadtteile. Denn der Aufschwung muss bei allen Menschen, egal wo sie leben, ankommen.

Liebe Berlinerinnen und Berliner, in vielen Teilen der Welt werden Kriege geführt, vor denen die Menschen

fliehen, auch zu uns. Wir dürfen uns durch den Terror unsere Mitmenschlichkeit nicht nehmen lassen. In Berlin sollen sich Menschen, die mit uns friedlich und auf Grundlage unserer Gesetze und Regeln zusammen leben wollen, sicher und willkommen fühlen. Egal, woher sie kommen, an welchen Gott sie glauben oder welche Hautfarbe sie haben.

Für dieses friedliche Zusammenleben wünsche ich mir auch im neuen Jahr ein solidarisches Berlin. Eine Stadt, die Gäste willkommen heißt, zum Beispiel zum Kirchentag, Turnfest oder zur Internationalen Gartenausstellung in Marzahn. Drei Ereignisse, die unsere Stadt 2017 bereichern und uns Kraft geben werden, das anzupacken, was für ein lebenswertes Berlin getan werden muss: Für ein Berlin, das so weiterlebt, wie wir es lieben und wie es die vielen Menschen anlockt. Dafür wünsche ich uns allen viel Erfolg und Ihnen und ihren Liebsten ein gutes, friedliches neues Jahr sowie privates Glück.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

05.01.2017, 17:00 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Müller ruft zu Nominierungen auf:

„BAND FÜR MUT UND VERSTÄNDIGUNG“

Frist für Vorschläge endet am **1. März 2017**

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Zum 24. Mal verleiht das Bündnis für Mut und Verständigung das „Band für Mut und Verständigung“ an einzelne Personen oder Gruppen aus Berlin und Brandenburg, die durch ihr mutiges Eingreifen Mitbürgerinnen und Mitbürger vor rassistischer Gewalt beschützt oder durch ihre langjährige engagierte ehrenamtliche Arbeit zur interkulturellen und sozialen Verständigung beigetragen haben. Vorschläge können bis zum 1. März 2017 unter

mutundverstaendigung@dgb.de

oder beim

DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
Bündnis für Mut und Verständigung
Keithstraße 1-3
10787 Berlin

eingereicht werden.

Weiter Informationen finden sich unter
<http://www.respekt.dgb.de>.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller: „Zivilcourage gegen fremdenfeindliche Übergriffe ist in unseren Tagen wichtiger denn je. In Berlin und Brandenburg darf kein Platz sein für menschenverachten-

des Verhalten. Toleranz, gegenseitiges Verständnis und ein gewaltfreies Miteinander sind für unsere Gesellschaft und damit für unsere Demokratie überlebenswichtig. Deswegen zeichnen wir jedes Jahr Bürgerinnen und Bürger aus, die sich in vorbildlicher Weise gegen rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Gewalt engagiert haben.“

Die Mitglieder des Bündnisses für Mut und Verständigung sind: der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dietmar Woidke, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, die Arbeiterwohlfahrt Landesverbände Berlin und Brandenburg, der Caritasverband für das Erzbistum Berlin, der DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin, das Deutsche Rote Kreuz Landesverbände Berlin und Brandenburg, das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg, die Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, das Erzbistum Berlin, die Jüdische Gemeinde zu Berlin, der Landessportbund Berlin und der Flüchtlingsrat Berlin.

Der Preis wird im jährlichen Wechsel durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin und den Ministerpräsidenten von Brandenburg verliehen. In diesem Jahr findet die Ehrung am 13. Juli 2017 im Berliner Rathaus statt.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

10.01.2017, 13:55 Uhr

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

„WAS BERLIN ZUR AUFKLÄRUNG BEITRAGEN KANN, WIRD BERLIN BEITRAGEN“

Innensenator Geisel informiert innenpolitische Sprecher der Fraktionen des Abgeordnetenhauses.

Berlins Innensenator Andreas Geisel hat ein transparentes Vorgehen bei der Aufarbeitung im Fall des Attentäters Anis Amri angekündigt. „Was Berlin zur Aufklärung beitragen kann, wird Berlin beitragen“, sagte der Innensenator. Für diesen Mittwoch hat er deshalb die innenpolitischen Sprecher aller Abgeordnetenhausfraktionen zu einem Informationsgespräch über die aktuelle Erkenntnislage in Berlin nach dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz am 19. Dezember 2016 eingeladen.

Innensenator Geisel hatte die Berliner Sicherheitsbehörden aufgefordert, die Wochen vor dem Anschlagstag am 19.12.2016 gründlich zu untersuchen. „Vorschnelle Schuldzuweisungen an die Behörden in Bund und Ländern sind der falsche Weg zur Aufklärung. Ich erwarte jedenfalls von der Berliner Polizei und dem Verfassungsschutz eine umfassende Aufarbeitung. Alle Fakten müssen auf den Tisch“, so der Innensenator.

Im Zuge der Aufarbeitung des Falles Anis Amri sind jetzt Aufnahmen einer Observation von Oktober 2016 des Berliner Verfassungsschutzes ausgewertet worden. Sie wurden in einem anderen Zusammenhang und mit anderem Erkenntnisziel angefertigt. Die Bilder zeigen mit hoher Wahrscheinlichkeit Anis Amri, wie er am 2. und am 3.10.2016 die Fussilet-Moschee in der Perleberger Straße betrat. In diesem Zeitraum sollte dort ein Islamseminar der Salafisten-Szene observiert werden, das aber nicht stattfand. Deshalb wurde das Observationsmaterial nicht vollständig ausgewertet. Vor dem Hintergrund des Anschlags am 19.12.2016 wurde dies mit dem jetzt bekannt gewordenen Ergebnis nachgeholt.

„Ich sehe die jetzigen Erkenntnisse als ersten Schritt. Wir werden auch weiterhin alles unternehmen, um das Bewegungsprofil von Anis Amri in Berlin lückenlos nachverfolgen zu können“, sagte Andreas Geisel.

11.01.2017, 12:10 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Partnerschaft fürs Ehrenamt jetzt grenzenlos –

WOIDKE UND MÜLLER PRÄSENTIEREN GEMEINSAME EHRENAMTSKARTE

Die Presse- und Informationsämter des Senats von Berlin und der Staatskanzlei Brandenburg teilen mit:

Die Länder Brandenburg und Berlin haben heute ein gemeinsames Zeichen zur Stärkung des Ehrenamts und des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Hauptstadtregion gesetzt: Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke und der Regierende Bürgermeister Michael Müller stellten in der Brandenburger Landesvertretung in Berlin die gemeinsame Ehrenamtskarte beider Länder zur Anerkennung des freiwilligen Engagements vor. Stellvertretend für die rund 140 Partner, die das Projekt in beiden Ländern unterstützen, erläuterten Friedhelm Schatz, Geschäftsführer des Filmparks Babelsberg, und Dr. Tobias Hoffmann, Direktor und Vorstand des Bröhan-Museums, warum sie die Ehrenamtsarbeit auf diese Art und Weise fördern.

Nachdem seit Herbst vergangenen Jahres bereits die Inhaber der Karten beider Länder die Vergünstigungen der Partner auch des jeweils anderen Landes in Anspruch nehmen können, erachten Woidke und Müller „die neue einheitliche ‘Karte für alle’ als weiteren sichtbarer Ausdruck der Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin im Ehrenamtsbereich“. Die neue Karte ist drei statt bisher zwei Jahre lang gültig.

Voraussetzung ist ein freiwilliges Engagement von mindestens einem Jahr mit mindestens 200 Stunden. Es gibt derzeit rund 100 Partner der Karte in Brandenburg und ca. 40 in Berlin. Im Land Brandenburg haben seit Einführung im Jahr 2013 etwa 1.600 ehrenamtlich Engagierte die Karten, in Berlin seit 2011 ca. 4.500 pro

Jahr. Die bereits ausgegebenen Karten beider Länder bleiben bis zu ihrem Ablauf gültig.

Ministerpräsident Woidke: „Brandenburg und Berlin geben heute ein wichtiges Signal: bei der Unterstützung des Ehrenamts kennen wir keine Landesgrenzen. Freiwilliges Engagement soll und muss sich voll entfalten können. Und das gilt natürlich auch für die Anerkennung. Ich danke sowohl den hunderttausenden Ehrenamtlichen in beiden Ländern als auch den vielen Unternehmen und Institutionen, die die Ehrenamtskarte schon unterstützen. Jeder soll wissen: Freiwilliges Engagement wird bei uns nicht nur hochgehalten, sondern auch gewürdigt. Und ich freue mich, wenn sich weitere Unternehmen und Einrichtungen einen Ruck geben und sagen: Ja wir machen mit und fördern das grenzenlose Ehrenamt in Brandenburg und Berlin.“

Der Regierende Bürgermeister Müller: „Die gesellschaftliche Spaltung macht mir Sorgen. Aber es gibt auch Grund zur Zuversicht: Viele tausend Ehrenamtliche engagieren sich für ihre Nachbarschaft, in der Jugendarbeit, im Sport, in Kirchengemeinden, Synagogen oder Moscheen, für Geflüchtete oder gegen Diskriminierung. Damit machen sie uns allen Mut, denn sie wirken der Spaltung entgegen und stärken das friedliche Miteinander. Mit der Ehrenamtskarte für Berlin und Brandenburg wollen wir zum Ausdruck bringen, wie sehr dieses vielfältige Engagement unser Gemeinwesen bereichert und wie wichtig es für den Zusammenhalt in unserer Region ist. Ich freue mich, dass viele Unternehmen das Anliegen unterstützen. Mögen weitere dem guten Beispiel folgen.“

Dr. Tobias Hoffmann, Direktor und Vorstand des Bröhan-Museums: „Ehrenamtliches Engagement ist für den Zusammenhalt unserer bürgerlichen Gesellschaft unabdingbar. In seiner Vorbildhaftigkeit ist es das wunderbare Gegenmittel gegen den zunehmenden Egoismus. Es ist mir eine Freude und ein angenehmer Auftrag, wenn wir als Kultureinrichtung dafür ein kleines Dankeschön anbieten können.“

Friedhelm Schatz, Geschäftsführer des Babelsberger Filmparks sagte: „Das Engagement von Menschen jenseits oder neben des sonstigen manchmal rastlosen Schaffens kommt uns allen zugute. Jeder hat davon schon profitiert. Wir zollen Respekt und Anerkennung mit einem kleinen Dankeschön, deswegen sind in Potsdam die Filmpark Babelsberg GmbH und in Tempelhof bald auch die Eldorado Abenteuer GmbH dabei.“

Brandenburger Engagierte können die Ehrenamtskarte online oder schriftlich bei der Staatskanzlei Brandenburg beantragen; Berliner Ehrenamtler über ihren Verein oder Träger bei der Senatskanzlei Berlin. Voraussetzungen für einen Antrag sind eine in Berlin oder Brandenburg ausgeübte ehrenamtliche Tätigkeit von mindestens einem Jahr und mindestens 200 Stunden, sowie die Absicht, das Ehrenamt weiter auszuüben. Das Ehrenamt darf nicht mit einem Entgelt verbunden sein, das über eine Aufwandsentschädigung hinaus-

geht. In Brandenburg berechtigt zudem die Jugendleiterkarte zu einem Antrag.

Alle Infos finden Sie auf

<http://www.ehrenamtskarte.berlin-brandenburg.de>

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

10.01.2017, 15:47 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

100-TAGE-PROGRAMM FÜR EIN SOLIDARISCHES, NACHHALTIGES UND WELTOFFENES BERLIN

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

In seiner Klausur am 9. Januar 2017 hat sich der Senat ein gemeinsames Programm gegeben, um schon in den ersten 100 Tagen Berlin solidarischer, nachhaltiger und weltoffener zu gestalten sowie den wirtschaftlichen Erfolgsweg der Stadt fortzusetzen. Zugleich werden die Weichen gestellt für eine Investitionsoffensive in die soziale, wirtschaftliche und ökologische Infrastruktur.

In den Geschäftsbereichen haben sich die Senatsmitglieder folgende Maßnahmen vorgenommen, die in den kommenden 100 Tagen bis zum 19. April umgesetzt werden:

Der **Regierende Bürgermeister** wird gemeinsam mit Bund und Ländern die Umsetzung der Ende des letzten Jahres erzielten Verständigung über die Zukunft der Bund-Länder-Finanzbeziehungen auf den Weg bringen. Hierzu sind das Grundgesetz und eine Vielzahl von Fachgesetzen zu ändern. Um die Digitalisierung und die Smart City Berlin voranzubringen, wird ein City Lab errichtet. Der bisherige Steuerungskreis Industriepolitik soll zu einem Innovationsboard weiterentwickelt werden. Die Senatskanzlei wird die Koordinierung zur Ansiedlung der Europäischen Medizinagentur in Berlin steuern. Trotz oder gerade aufgrund des schwierigen politischen Umfelds mit Russland wird die Städtepartnerschaft mit Moskau wieder vertieft werden. Dazu wird der Regierende Bürgermeister im März nach Moskau reisen und die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beziehungen intensivieren.

Im Bereich **Wissenschaft und Forschung** ist die erste Priorität die Auflage der neuen Hochschulverträge, über die bereits seit dem 19. Dezember 2016 verhandelt wird. Um die Digitalisierung in der Stadt voranzutreiben, bewirbt sich Berlin beim Bundesministerium für Bildung und Forschung um die Förderung eines Deutschen Internet Instituts. Das Einstein-Zentrum „Digitale Zukunft“ wird eröffnet. Voraussichtlich im März wird das Fraunhofer Leistungszentrum für Digitale Vernetzung eröffnet. Weiterhin wird ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Karrierewege des wissenschaftlichen Nach-

wuchses vorgelegt. An der Humboldt-Universität zu Berlin soll ein Institut für Islamische Theologie gegründet werden.

Im Bereich **Kultur und Europa** wird das Zukunftsthema kulturelle Vielfalt verstärkt in den Blick genommen und eine Servicestelle Diversität etabliert. Um Sozialstandards zu steigern, werden bei allen institutionellen Zuwendungsempfängern des Landes Berlin im Kulturbereich Tarifsteigerungen im Rahmen des Haushaltsplans berücksichtigt. Als Beitrag zum Reformationsjahr wird die Kulturprojekte GmbH mit dem Projekt „Das Paradies ist überall“ ein stadtweites Dialogprojekt an 73 Orten im Stadtraum installieren. Im Europabereich muss sich das Land schon heute auf die EU-Förderpolitik nach 2020 vorbereiten. Hierzu wird eine Berliner Position erarbeitet. Die Vorschläge Berlins für das Weltkulturerbe (Hansaviertel und Karl-Marx-Allee) werden als Gebiete der Nachkriegsmoderne mit einer Erhaltungs- und Entwicklungsstrategie weiterentwickelt.

Im Bereich **Wirtschaft, Energie und Betriebe** ist der Ausbau des Berliner Stadtwerkes ein zentrales Vorhaben. Das Stadtwerk wird über das bisherige Maß hinaus unternehmerisch arbeiten können, um die Energiewende in Berlin voranzutreiben. Hierzu werden die bestehenden gesetzlichen Beschränkungen für die unternehmerische Tätigkeit aufgehoben. Dies entspricht den Empfehlungen der Enquete-Kommission. Der Preis für das Berlin-Ticket S (Sozialticket) soll zum 1. Juli 2017 möglichst an den im ALG-II-Regelsatz vorgesehenen Anteil für Mobilität angepasst werden. Der Senat prüft zudem die Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten. Weitere eGovernment-Anwendungen sollen pilotiert werden: Das Service Konto Berlin (SKB), das derzeit eingeführt wird, wird an den Online-Dienst für Gewerbemeldungen des „Einheitlichen Ansprechpartners“ angebunden. Eine Präsentation auf der CeBIT ist geplant. Weiterhin soll ein Eckpunktepapier für eine Open Data Rechtsverordnung im Senat abgestimmt werden. Um die Zukunftsfähigkeit des Wissenschafts- und Technologiestandortes Campus Buch zu sichern, wird eine Beteiligung an der BBB Management GmbH vorbereitet.

Der Senat wird einen Nachtragshaushalt mit investiven und konsumtiven Sofortmaßnahmen noch im Januar auf den Weg bringen. Im Bereich **Finanzen** zählen u. a. Maßnahmen, die die Wohnungspolitik des neuen Senats flankieren zu den Prioritäten: Die Zweitwohnungssteuer soll angehoben werden und eine Konzeption für die Nutzung von Vorkaufsrechten und strategischen Ankäufen entwickelt werden. Um schnelleres und besseres Verwaltungshandeln zu erzielen, wird eine Projektstruktur zwischen Senat, Bezirken und öffentlichen Betrieben etabliert, welche die Umsetzung der Leitprojekte Radverkehr, Unterbringung, Schulbau und -sanierung sowie Bürgerämter steuert. Durch E-Recruiting soll die Personalgewinnung für die Berliner Verwaltung beschleunigt werden. Die Koalition will Finanzanlagen an Unternehmen ausschließen, die Kin-

derarbeit zulassen, an Militärwaffen verdienen oder auf nicht nachhaltige Energien wie die Atomenergie setzen.

Im Bereich **Stadtentwicklung und Wohnen** werden die Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus ausgeweitet und der Mieterschutz gestärkt. Die Mieterhöhungen im sozialen Wohnungsbau (13 Cent/m² zum 1. April 2017) werden ausgesetzt. Die Bürgerbeteiligung wird ausgebaut: Die Anstalt öffentlichen Rechts Wohnraumversorgung Berlin nimmt ihre Arbeit auf und die Mieterratswahlen werden evaluiert. Prinzipien der Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden entwickelt und diskutiert, das Stadtforum und das Baukollegium neu konzipiert. Um mehr Wohnraum zu schaffen, startet die Aufstellung des Stadtentwicklungsplans Wohnen 2030. Bei der Kooperativen Baulandentwicklung wird der Anteil der mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen erhöht. Berlin setzt sich im Bundesrat für die Verbesserung des Kündigungsschutzes und für die Stärkung des Milieuschutzes ein. Auch Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz sollen künftig einen Wohnberechtigungsschein erhalten.

Im Bereich **Verkehr, Umwelt und Klimaschutz** wird im Dialog mit dem Volksentscheid Fahrrad und weiteren Verbänden ein Radverkehrsgesetz als erster Baustein eines Mobilitätsgesetzes auf den Weg gebracht. Ein Bündnis für den Radverkehr wird initiiert. Darüber hinaus sollen unfallträchtige Kreuzungen sicherer gemacht werden, zunächst u. a. die Autobahnausfahrt Ost am Tempelhofer Damm. Ein Konzept zur schrittweisen Umstellung der Fahrzeugflotte des Landes auf Hybrid- und Elektro-Kfz sowie zum Einsatz von Dienstfahrrädern und Carsharing wird erstellt, um die Luftqualität zu verbessern. Das Wasserversorgungskonzept muss aktualisiert und an neue Rahmenbedingungen angepasst werden, um die Versorgungssicherheit in hoher Wasserqualität langfristig zu gewährleisten. Das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm wird aktualisiert und dem Abgeordnetenhaus zur Beschlussfassung vorgelegt.

Im Bereich **Bildung, Jugend und Familie** wird der neue Senat kräftig investieren. Die Infrastruktur von Schule und Kita soll ausgebaut und weiter verbessert werden. Im Fokus steht dabei die Projektauswahl für den Einsatz von 200 Mio. € für den Schulbau und die Schulsanierung. Zudem werden Eckpunkte für einen integrierten Strukturvorschlag für das Großprojekt Schulbau und -sanierung vorgelegt. Grundschullehrer sollen besser bezahlt werden. Weiterhin soll das Nachwuchsleistungszentrum beim 1. FC Union an den Start gehen. Intern organisiert sich die Verwaltung neu, um Familien zukünftig noch besser zu unterstützen. Zudem wird eine Landeskommission zur Prävention von Familien- und Kinderarmut eingesetzt. Das Kitaförderungsgesetz soll angepasst werden, um den Rechtsanspruch auf sieben Stunden Betreuung für 0-3-jährige Kinder auszuweiten.

Im Bereich **Inneres und Sport** werden die Verbesserung der Situation in den Bürgerämtern und die Prozessoptimierung mit Hochdruck verfolgt. Zudem wird die Sicherheit in der Stadt deutlich erhöht. Die „Alexwache“ soll als kombinierte Wache mit dem bezirklichen Ordnungsamt und der Bundespolizei konzipiert werden. Weiterhin sollen Polizei und BVG zur Erhöhung der Sicherheit im ÖPNV noch intensiver miteinander kooperieren. Hierzu soll eine Vereinbarung geschlossen werden. Der Berliner Sport ist verlässlich zu finanzieren. Hierzu soll eine für einen Mehrjahreszeitraum geltende Vereinbarung mit dem Landessportbund vorbereitet werden. Ein verwaltungsübergreifender IKT-Lenkungsrat wird die Umsetzung des E-Government-Gesetzes in die Hand nehmen.

Im Bereich **Integration, Arbeit und Soziales** sollen die noch verbliebenen Notunterkünfte in Sporthallen (derzeit noch 16 Standorte) freigezogen werden. So werden weitere 1.600 Menschen besser untergebracht und die Sporthallen wieder für ihre Zweckbestimmung nutzbar gemacht. Darüber hinaus wird die Anzahl der Plätze in der Kältehilfe auf 1.000 erhöht. Die Verbundausbildung wird intensiviert und eine stärkere Ausbildungsbeteiligung von migrantischen Unternehmen angestrebt. Das Partizipations- und Integrationsgesetz wird mit dem Ziel der interkulturellen Öffnung der Verwaltung weiterentwickelt. Die Herausforderungen der Digitalisierung in der Arbeitswelt sind enorm, daher werden die Stärkung des Arbeitsschutzes und die Aktualisierung der Aus- und Weiterbildung vorangetrieben.

Im Bereich **Gesundheit, Pflege und Gleichstellung** wird mit dem Inkrafttreten des Pflegestärkungsgesetzes zum 1. Januar 2017 der Informationsbedarf gedeckt. Hierzu werden derzeit niedrigschwellige und kultursensible Informationen von Pflegebedürftigen und Angehörigen insbesondere über Broschüren in sieben Sprachen erarbeitet. Gemäß dem Koalitionsvertrag wird eine Bundesratsinitiative zur Bürgerversicherung eingebracht. „Nein heißt nein!“. Durch Verteilung von 80.000 Postkarten in 500 gastronomischen Einrichtungen soll über das neue Sexualstrafrecht informiert und sensibilisiert werden. Das Berliner Kammergesetz soll novelliert werden, u. a. mit Blick auf geschlechtergerechte Sprache und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Weiterbildungsrecht. Zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität für Patientinnen und Patienten werden Berliner Krankenhäuser mit kostenfreiem WLAN ausgestattet.

Im Bereich **Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung** wird eine Fach- und Koordinationsstelle gegen Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt auf den Weg gebracht. Ein neuer Vertrauensanwalt für das Land Berlin soll als Anlaufstelle für anonyme Hinweisgeber bei Korruptionsverdacht seine Arbeit aufnehmen. Zur Verbesserung des Opferschutzes soll der Gesetzentwurf zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (AGPsychPbG) ins Abgeordnetenhaus eingebracht werden. Auf Bundesebene wird sich Berlin dafür ein-

setzen, dass ein Teilzeitreferendariat ermöglicht wird, um die juristische Ausbildung mit Kindererziehung und Pflegeverpflichtungen besser vereinbar zu gestalten. Das Amt des Tierschutzbeauftragten des Landes Berlin wird hauptamtlich besetzt.

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

10.01.2017, 15:25 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

BERLINER

PRÄVENTIONS- UND SICHERHEITSPAKET

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Senat von Berlin hat in seiner Arbeitsklausur am 9. Januar 2017 ein Präventions- und Sicherheitspaket beschlossen.

Vor dem Hintergrund des Anschlags vom 19. Dezember 2016 und als Reaktion auf die Gewalttaten der letzten Wochen in Berlin wird die Koalition folgende besonderen Präventions- und Sicherheitsmaßnahmen ergreifen bzw. sich auf Bundesebene für sie einsetzen:

Die Berlinerinnen und Berliner ebenso wie Zugewanderte und Gäste sollen in unserer Stadt sicher sein. Berlin steht deshalb, ebenso wie die anderen Länder und der Bund, in der Pflicht, die eigene Sicherheitsarchitektur zu überprüfen und wenn nötig zu verbessern. Es muss gemeinsames Ziel aller staatlichen Akteure sein, die Leistungsfähigkeit der mit der Terrorismusbekämpfung betrauten Behörden nicht nur zu erhalten, sondern sie zusätzlich zielgerichtet zu stärken. Unsere Freiheit ist ohne persönliche und öffentliche Sicherheit nicht denkbar.

Bei der Anpassung der Sicherheitsarchitektur Berlins müssen wir einerseits Flexibilität in der Wahl der Maßnahmen beweisen, andererseits dürfen Grundsätze einer freiheitlich demokratischen und einer sozialen Sicherheitspolitik nicht verletzt werden.

Populisten an den Rändern unserer Demokratie versuchen, den 19. Dezember 2016 zu instrumentalisieren, um die rechtsstaatlichen Errungenschaften und unsere grundgesetzlich verankerten, gemeinsamen demokratischen Werte in Frage zu stellen. Sie setzen dabei auf Angst und spielen mit niederen Motiven. Dem stellen wir uns entschlossen entgegen. Die Berlinerinnen und Berliner können der Arbeit ihrer Sicherheitsbehörden vertrauen. Die Beantwortung dieser komplexen Problemstellungen erfordert sorgfältige Analysen, differenzierte Antworten und kluge Lösungen. Manche Antworten können und müssen zeitnah erfolgen. An die Wurzeln der Probleme zu gehen erfordert an vielen Stellen aber vor allem Zeit, dauerhaften Ressourceneinsatz und beharrliches Engagement. Kurzsichtige Schnell-

schüsse lösen nichts, sondern werfen schnell neue Probleme auf.

Wir lehnen jeden Generalverdacht auf das Schärfste ab. Eine Pauschalverurteilung einzelner Bevölkerungsgruppen, egal welcher Religion, Herkunft oder Anschauung, ist absolut unzulässig. Kriminalität, von wem auch immer begangen, bekämpfen wir jedoch entschlossen, ebenso wie wir extremistische Umtriebe jeglicher Couleur beobachten.

Besondere Präventions- und Sicherheitsmaßnahmen:

- 1) Ausstattung der Sicherheitsbehörden stärken
- 2) Besonderes Augenmerk auf Großveranstaltungen
- 3) Identitäten eindeutig feststellen
- 4) Werte und Rechtskunde vermitteln
- 5) Frühzeitige Integration von jungen Geflüchteten in den Bereichen Jugend, Familie, Schule und Sport
- 6) Stärkung der städtebaulichen Prävention
- 7) Deradikalisierung und Radikalisierungsprävention
- 8) Freiwillige Rückkehr unterstützen
- 9) Konsequenz Abschieben wer unsere Sicherheit gefährdet
- 10) Verfassungsfeindliche Vereine verbieten
- 11) Den Aufenthaltsort von Gefährdern kennen
- 12) Polizeipräsenz sichern
- 13) Lebensnotwendige Infrastrukturen sichern

Die komplette Mitteilung mit den erklärenden Ausführungen zu den einzelnen Präventions- und Sicherheitsmaßnahmen finden Sie im Internet unter: <http://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilung/en/2017/pressemitteilung.549276.php>.

Rückfragen: Sprecher der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Telefon: (030) 90223-2730

[PM; RED]

12.01.2017, 10:54 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

REGIERUNGSERKLÄRUNG

DES REGIERENDEN BÜRGERMEISTERS

Michael Müller am 12. Januar 2017 im Abgeordnetenhaus von Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!!

Herr Präsident,
meine Damen und Herren,

heute geht es um die Richtlinien der Regierungspolitik für die neue Legislaturperiode von 2016 bis 2021, die wir Ihnen als Senat vorlegen. Das klingt nach einem parlamentarischen Routinevorgang. Aber wir leben in Zeiten, die alles andere sind als Routine. Die Welt um uns herum verändert sich in rasantem Tempo. Manche

sagen: Sie ist aus den Fugen geraten. Der schreckliche Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche hat uns die Verletzlichkeit unserer freien Gesellschaft in drastischer Weise vor Augen geführt. Auch heute denken wir an die Opfer und ihre Angehörigen. Ihnen gilt unser Mitgefühl. Und wir wünschen allen Verletzten eine schnelle und gute Genesung.

Ja, dieser Senat beginnt seine Arbeit in stürmischen Zeiten. Wir spüren, dass die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft zunehmen. Täglich stellen sich neue Herausforderungen, auf die wir auch neue Antworten finden müssen, die nicht im Koalitionsvertrag stehen und auch nicht in den ersten 100 Tagen ausformuliert sein können. Das Sicherheitspaket, über das wir bei unserer Klausur am Montag beraten haben, ist ein erstes wichtiges Beispiel dafür.

Wir haben nach dem Anschlag vom 19. Dezember unsere Sicherheitsarchitektur überprüft. Die Berliner Polizei hat hervorragende Arbeit geleistet. Die Berlinerinnen und Berliner können ihr vertrauen. Aber wir haben natürlich auch darüber beraten, was verbessert werden kann und muss, um noch effektiver Verbrechen und Terror zu bekämpfen und ihnen vorzubeugen. Dieser Senat fasst keine Beschlüsse aus der Hüfte und stellt auch keine Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht.

Die Berlinerinnen und Berliner haben sehr besonnen auf den Anschlag reagiert. Und so haben wir als Senat ein Konzept mit Augenmaß beschlossen. Das werden wir Schritt für Schritt umsetzen, um mehr öffentliche und private Sicherheit zu schaffen. Das wichtigste Ziel ist dabei: Als wehrhafte Demokratie die Freiheit zu sichern, die Berlin zu einer so besonderen Stadt macht. Und gleichzeitig geht es immer auch darum, dass wir bei der Wahl der Mittel nicht die Freiheit und die Offenheit unseres Zusammenlebens einschränken, die wir ja gerade schützen wollen.

Übrigens: Wenn jetzt manche diese Diskussion schon als Zeichen der Zerstrittenheit im neuen Senat sehen, dann finde ich das traurig. Es gibt nicht den einen richtigen Weg. Wir brauchen in unserer freien Gesellschaft das ständige Ringen um die beste Lösung und die Fähigkeit zum Kompromiss. Das ist kein Zeichen von Schwäche, sondern Ausdruck einer selbstbewussten und funktionierenden Demokratie, die gerade auch dann zu ihren Werten steht, wenn sie von Gewalttätern, Mördern und Terroristen angegriffen wird.

Weiter in der Regierungserklärung im Internet unter: http://www.berlin.de/rbmskz/aktuelles/pressemitteilung/en/2017/pressemitteilung_549899.php

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

[PM; RED]

11.01.2017, 14:39 Uhr

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

10 JAHRE

LANDESINSTITUT FÜR SCHULE UND MEDIEN Senatorin Scheeres und Minister Baaske gratulieren

Am Freitag, 13.01.2017, beging das Landesinstitut für Bildung und Medien (LISUM) sein zehnjähriges Bestehen. Das gemeinsame Institut der Länder Berlin und Brandenburg feierte das Jubiläum mit einer Festveranstaltung am Standort Ludwigsfelde/Struveshof.

Am LISUM werden seit seiner Gründung am 1. Januar 2007 die Ressourcen der Bildungsregion Berlin-Brandenburg gebündelt und wichtige Bereiche der Bildungspolitik beider Bundesländer miteinander abgestimmt. In den zehn Jahren seines Bestehens hat sich das LISUM in der Bildungslandschaft fest etabliert. Hier wird wissenschaftliches Know-how in handlungsorientierte Konzepte für Lehrkräfte, Schulleitungen sowie andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bildungsreich umgesetzt.

Zu den Schwerpunktaufgaben des LISUM zählen Unterstützungsleistungen in den Bereichen Schul- und Unterrichtsentwicklung, Rahmenlehrplanentwicklung, zentrale Prüfungen sowie Medienbildung und Erwachsenenbildung unter besonderer Berücksichtigung bildungspolitischer Schwerpunktthemen in den Ländern Berlin und Brandenburg. Das LISUM qualifiziert zudem Lehrkräfte, die als Schulberaterinnen und -berater den strukturierten Veränderungsprozess der Schulen in Berlin und Brandenburg gezielt unterstützen und begleiten.

Das zehnjährige Bestehen des LISUM fällt zusammen mit dem Jubiläum 100 Jahre Struveshof, das im Sommer begangen wird. 1896 wurde auf dem damaligen als Schäferei genutzten Vorwerk eine Einklassenschule eingerichtet, vor 100 Jahren ein Landerziehungsheim gegründet. Später beherbergt Struveshof einen Jugendwerkhof, das Zentralinstitut für Weiterbildung, das Pädagogische Landesinstitut und Medienpädagogische Zentrum. Seit 10 Jahren steht Ludwigsfelde-Struveshof für das bundesweit einzigartige, weil gemeinsame pädagogische Institut zweier Bundesländer für Schule und Medien, das LISUM. Grundlage ist ein zwischen den Ländern geschlossener Staatsvertrag. Die Finanzierung erfolgt hälftig durch die beiden Länder Berlin und Brandenburg.

Sandra Scheeres, Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Familie:

„Die Gründung des gemeinsamen Landesinstituts war der folgerichtige Schritt, um gemeinsame Vorhaben zu realisieren und fachliche Herausforderungen zu bewältigen. Die Gründung war ein Zeichen für eine gemeinsame Bildungsregion Berlin und Brandenburg. Mit Hilfe des LISUM werden seit Jahren erfolgreich der Mittlere Schulabschluss und das Zentralabitur vorbereitet. Der

neue Rahmen-lehrplan wurde entwickelt und gemeinsam auf den Weg gebracht. Erfolgsmodelle sind die Qualifizierungen für zukünftige Schulleitungen ebenso wie für die Schul-aufsichten und das Fachpersonal. Netzbasierte fachliche Unterstützungen durch den Bildungsserver Berlin-Brandenburg sind aus der Region nicht mehr wegzudenken. Das LISUM hat in den letzten zehn Jahren diese Aufgaben mit viel Engagement erfolgreich gemeistert. Dafür einen herzlichen Dank an alle Beteiligten.“

Günter Baaske, Brandenburgs Minister für Bildung, Jugend und Sport:

„Das LISUM hat mit seiner Kompetenz und Innovationsfreude die Bildungsszene in Berlin und Brandenburg bereichert. Hier werden Schulpraxis, Wissenschaft und Bildungspolitik auf beispielhafte Weise verknüpft. Das Institut sorgt für eine hohe Schul- und Unterrichtsqualität in beiden Ländern. Ich wünsche allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterhin viel Kreativität und Kraft für ihre Arbeit.“

Götz Bieber, Direktor des LISUM:

„In den nächsten Jahren wird das Institut einen wichtigen Beitrag für die Weiterentwicklung der Schulen in der digitalen Welt leisten. Wir werden Unterrichtsmaterialien über den neuen Rahmenlehrplan Online, der im kommenden Schuljahr in Kraft tritt, verbreiten.“

[PM; RED]

17.01.2017, 11:55 Uhr

Senatsverwaltung für Inneres und Sport
**BUNDESVERFASSUNGSGERICHT
LEHNT NPD-VERBOT AB**

Berlins Innensenator Andreas Geisel erklärt zur heutigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes:

„Die NPD ist zu schwach, um ihre verfassungsfeindlichen Ziele zu erreichen. Das haben die Verfassungsrichter heute deutlich gemacht. Das ist keine Niederlage der Demokratie, sondern ein Sieg für den Staat und seine Institutionen. Wir Demokraten haben die NPD vor allem in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark geschwächt. Nach der Wende hat die NPD versucht, die gesellschaftlichen Umbrüche und Unsicherheiten der 90er Jahre für ihre Zwecke auszunutzen. Dem haben wir uns konsequent entgegengestellt: Mit zahlreichen Präventions- und Aufklärungsprogrammen im Bund und den Ländern. Das beweist: Die Arbeit gegen rechte Gesinnung ist ein dickes Brett, sie dauert lange, ist am Ende aber erfolgreich. Repression gegen rechts ist wichtig. Prävention im Geiste der Demokratie ist wichtiger.“

Wir werden deshalb weiter gegen rechtsextreme Parteien und rechtspopulistisches Gedankengut kämpfen. Rechte Parolen haben in einer weltoffenen und toleranten Stadt wie Berlin nichts zu suchen. Meine Botschaft

an die NPD und andere Rechtsextremisten: Wir werden Ihnen auch weiterhin widersprechen und Ihr Treiben sehr genau beobachten. Unsere Sicherheitsbehörden haben Sie im Blick.“

Rückfragen: Senatsverwaltung für Inneres und Sport - Pressestelle -, Telefon: (030) 90223 2730 /-2732

17.01.2017, 13:03 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

**SENAT BESCHLIEßT PROGRAMM
GEGEN GEWALT AN SCHULEN**

Aus der Sitzung des Senats am 17. Januar 2017:

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung auf Vorlage der Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, Sandra Scheeres, den Bericht an das Abgeordnetenhaus über Gewaltprävention durch ein „Berliner Programm gegen Gewalt an Schulen“ beschlossen.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hat in den letzten Jahren verstärkt Anstrengungen zur Steuerung der Gewaltprävention an Schulen unternommen. Sichtbar wird dies unter anderem durch die Einrichtung der bezirklichen Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ) sowie durch die Angebote der Gewaltprävention in der regionalen Fortbildung. In den Beratungs- und Unterstützungszentren sind seit 2013 Koordinatoren/innen für Schulische Prävention und Schulpsychologen/innen für Gewaltprävention und Krisenintervention tätig. Die Zusammenarbeit dieser Professionen erbringt passgenauere Angebote für die einzelnen Schulen. Dieser Prozess wird von Seiten der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie weiter gefördert.

Ziel des beschlossenen Programms ist die Verbesserung des Schulklimas und der demokratischen Schulkultur. Hierzu werden u. a. die Prävention, Aufklärung, Anti-Gewalt- sowie Anti-Mobbing-Trainings, das soziale Lernen sowie die schulische Mediation in den Schulen intensiviert. Gewaltpräventionskonzepte sollen an jeder Schule erarbeitet und durch ein explizit benanntes schulisches Gremium, das Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Gruppen zusammenführt, gesteuert werden. Die Elternarbeit wird im Rahmen der bestehenden Strukturen weiter gefördert. Weiterhin ist eine berlinweite Evaluation des bisherigen Meldeverfahrens durch die Bildungsverwaltung mit dem Ziel veranlasst worden, das Verfahren zum Umgang mit Gewaltvorfällen, Notfällen und Krisen zu verbessern und die Notfallpläne für Schulen zu aktualisieren.

Rückfragen: Pressesprecherin für Bildung, Telefon: (030) 90227-5843

26.01.2017, 08:45 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

MÜLLER ZUM GEDENKTAG FÜR DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, nimmt am Freitag, 27. Januar 2017, an der Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestags zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus teil.

Vorab erklärt der Regierende Bürgermeister: „Das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ist eine Zukunftsaufgabe. Die Erinnerung an den Holocaust und an die mörderische Diktatur der Nationalsozialisten macht uns allen immer wieder bewusst, wohin der Verlust von Menschlichkeit, Freiheit und Demokratie führt. Aus der Geschichte können wir lernen: Rechtsstaat, Freiheit und Demokratie garantieren die Wahrung der Würde aller Menschen und darüber hinaus den Frieden. Deshalb müssen wir den demokratischen Staat und seine Institutionen verteidigen, gegen alle, die ausgrenzen, spalten und Menschen herabwürdigen. Mit Blick auf rechtsextreme und rechtspopulistische Netzwerke und Organisationen ist permanente Wachsamkeit von Zivilgesellschaft und Staat gefordert.“

Müller weiter: „Besonders wichtig für die Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens ist es, jüngeren Generationen den Wert freiheitlicher Demokratie zu vermitteln. Deshalb sind Veranstaltungen wie zum Gedenken an den 75. Jahrestag der Wannsee-Konferenz in der vorigen Woche und der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus unverzichtbar. Wir sind dem kürzlich verstorbenen Bundespräsidenten und Berliner Ehrenbürger Roman Herzog zu Dank verpflichtet, dass er mit großer Weitsicht und wachem Bewusstsein für unsere historische Verpflichtung 1996 diesen Gedenktag in Erinnerung an die am 27. Januar 1945 erfolgte Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau proklamiert hat. Nur wenn wir in Erinnerung behalten, wo wir herkommen, werden wir das, was wir erreicht haben, schätzen und schützen.“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

27.01.2017, 17:01 Uhr

Presse- und Informationsamt des Landes Berlin

Müller:

„JEMAND HAT DIE ABSICHT, EINE MAUER ZU ERRICHTEN“

Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit:

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, erklärt:

„Berlin, die Stadt der Teilung Europas, die Stadt der Freiheit Europas, kann nicht kommentarlos zusehen, wenn ein Land plant, eine neue Mauer zu errichten. Wir Berlinerinnen und Berliner wissen am besten, wieviel Leid eine durch Stacheldraht und Mauer zementierte Teilung eines ganzen Kontinents verursacht hat. Millionen Menschen sind durch diese Teilung die Lebenschancen genommen worden. Am Ende haben wir – das Volk – diese Teilung überwunden, und es gehört zu den Sternstunden des 20. Jahrhunderts, als am Brandenburger Tor, dem wichtigsten Symbol der Teilung, die Menschen die Mauer eroberten und sie dann Stück für Stück abgetragen haben. Das Brandenburger Tor steht für den Geist der Freiheit!“

Der Regierende Bürgermeister weiter: „Heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts, dürfen wir es nicht einfach hinnehmen, wenn alle unsere historischen Erfahrungen von denjenigen über den Haufen geworfen werden, denen wir unsere Freiheit zum großen Teil verdanken, den Amerikanern. Ich appelliere an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, diesen Irrweg von Abschottung und Ausgrenzung nicht zu gehen. Überall dort, wo heute noch solche Grenzen existieren, in Korea, auf Zypern, schaffen sie Unfreiheit und Leid. Ich rufe dem amerikanischen Präsidenten zu: Denken Sie an ihren Vorgänger Ronald Reagan. Erinnern Sie sich an seine Worte: ‚Tear down this wall.‘ Und deshalb sage ich: Dear Mr. President, don’t build this wall!“

Rückfragen: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, Telefon: (030) 9026-2411

30.01.2017, 11:07 Uhr

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

BERLINER PROJEKTFONDS UM 750.000 EURO FÜR PROJEKTE VON UND MIT GEFLÜCHTETEN ERHÖHT

Auf Initiative von Bildungssenatorin Sandra Scheeres und Kultursenator Dr. Klaus Lederer wurde der Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung um 750.000 € erhöht. Auf der konstituierenden Beiratssitzung für den Projektfonds Kulturelle Bildung am Mittwoch unterstrichen die Vertreterinnen und Vertreter beider Ressorts die Be-

deutung von kultureller Bildung für die Partizipation von Geflüchteten an der Berliner Stadtgesellschaft.

Bereits im vergangenen Jahr wurde der Sockelbetrag von 2 Mio. € auf 2,5 Mio. € mit Sondermitteln erhöht. 2017 stehen nun erstmals 2,75 Mio. € zur Verfügung.

Bildungssenatorin Sandra Scheeres: „Mit den Sondermitteln konnten im vergangenen Jahr innovative und partizipative kulturelle Projekte von und mit Geflüchteten gefördert werden. Das wollen wir auch in diesem Jahr fortführen. Besondere Berücksichtigung finden Projekte, die der strukturellen Benachteiligung von Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrung Rechnung tragen. Durch die höhere Aufstockung im Jahr 2017 können sowohl mehr stadtweite als auch mehr kiezbezogene Projekte bewilligt werden.“

Kultursenator Klaus Lederer: „Kaum etwas ist für das Ankommen in einer neuen Umgebung, für die Integration, so wichtig wie das gelebte Miteinander. Dieses Miteinander zu ermöglichen, heißt für uns, Möglichkeiten zum Mitmachen und Mitgestalten, zum Austausch zu finden. Durch die zusätzlichen Mittel im Jahr 2017 leisten wir unseren Beitrag, Ankommen und Teilhabe zu erleichtern.“

Um den Projektfonds diversitätsorientiert weiterzuentwickeln, kooperiert die Geschäftsstelle des Projektfonds seit einem Jahr mit der AKOMA Bildung & Kultur und den Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie.

Der Projektfonds Kulturelle Bildung fördert künstlerisch-kulturelle Projekte mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 27 Jahre. Als besonders wichtig wird dabei die aktive Teilhabe der Teilnehmenden erachtet. Anträge können im Rahmen von drei Fördersäulen gestellt werden:

- Fördersäule 1
für innovative Projekte bis 20.000 €,
- Fördersäule 2 für stadtweite Projekte
mit höherer Fördersumme,
- Fördersäule 3 für bezirkliche Projekte bis 3.000 €.

Die Projekte müssen nach dem Berliner Tandemmodell von Kunst- und Kultureinrichtungen oder auch Einzelpersonen mit Bildungs- oder Jugendpartnern gemeinsam entwickelt werden. Über die eingereichten Anträge entscheidet ein Beirat auf Grundlage der Voten einer Jury aus Expertinnen und Experten.

Alle Fristen für Anträge, die Förderrichtlinien, das Online-Antragsformular sowie weitere Informationen finden Sie auf <http://www.kubinaut.de>.

Ansprechpartner:
Geschäftsstelle
Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung
c/o Kulturprojekte Berlin GmbH

Klosterstraße 68
10179 Berlin

Tel.: (030) 24749800

E-Mail: fondsinfo@kulturprojekte-berlin.de
Internet: <http://www.projektfonds-kulturelle-bildung.de>

Anfragen an den Senat

Kleine Anfragen:

Titel: Schuldistanzierte Schüler
Abgeordneter: Fresdorf, Paul (FDP)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10116.pdf>

Titel: Stand des Ausschreibungs- und Vergabeverfahrens für den Betrieb der Tempohomes und MuFs für Geflüchtete
Abgeordnete: West, Dr. Clara (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10126.pdf>

Titel: Entwicklung der Schulschwänzer/innen in den Bezirken im Schuljahr 2015/2016
Abgeordneter: Langenbrinck, Joschka (SPD)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10124.pdf>

Titel: Rechte Aufmärsche - spezifische rechtsextreme und rechtspopulistische Veranstaltungen in Berlin 2016
Abgeordnete: Tomiak, June (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10133.pdf>

Titel: Kinderschutz im „bundesweiten Ankunftszentrum“ für Geflüchtete in Berlin
Abgeordnete: Burkert-Eulitz, Marianne (Bündnis 90 / Die Grünen)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10134.pdf>

Titel: Islamist als Mitarbeiter im Bundesamt für Verfassungsschutz – Auswirkungen auf Berlin
Abgeordneter: Lenz, Stephan (CDU)
Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10155.pdf>

Titel: Ermittlungsgruppe „GE Ident“
 Abgeordneter: Woldeit, Karsten (Alternative für Deutschland)
 Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10156.pdf>

Titel: Leichte Sprache
 Abgeordneter: Seerig, Thomas (FDP)
 Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10165.pdf>

Titel: Hassreden („Hate Speech“) und weitere strafbare Meinungsäußerungen im Internet
 Abgeordneter: Schlüsselburg, Sebastian (Die Linke)
 Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10167.pdf>

Titel: Hassreden („Hate Speech“) und weitere strafbare Meinungsäußerungen im Internet
 Abgeordneter: Schlüsselburg, Sebastian (Die Linke)
 Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10167.pdf>

Titel: Auseinandersetzungen/Aggressionen in Berliner Zuwandererunterkünften
 Abgeordneter: Berg, Dr. Hans-Joachim (Alternative für Deutschland)
 Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10172.pdf>

Titel: Auseinandersetzungen/Aggressionen in Berliner Zuwandererunterkünften
 Abgeordneter: Berg, Dr. Hans-Joachim (Alternative für Deutschland)
 Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10172.pdf>

Titel: Türkisch-Unterricht an Berliner Schulen
 Abgeordnete: Bentele, Hildegard (CDU)
 Link: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/S18-10176.pdf>

Aus Europa, Bund und Ländern

Hinweis:
**BERLINER
 EUROPAPORTAL**



Das Europaportal der Berliner Senatskanzlei gibt einen umfassenden Überblick über europarelevante Themenbereiche wie z.B. die Darstellung der derzeitigen europapolitischen Schwerpunkte, Gremienarbeit, EU - Förderprogramme oder aktuelle Wettbewerbe. Darüber hinaus sorgen Links für Europainteressierte für einen Einblick in die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit von Europa in Berlin. Das Berliner Europaportal im Web:

<http://www.berlin.de/EU>

15.11.2016 - 01.03.2017

BEKANNTMACHUNG
Förderung der Maßnahme
"Migration und gesellschaftlicher Wandel"

Frist: **01.03.2017**

Richtlinie zur Förderung der Maßnahme "Migration und gesellschaftlicher Wandel" im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms "Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften".

Bundesanzeiger vom 15.11.2016
 Vom 3. November 2016

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert Vorhaben, die den durch Migration ausgelösten gesellschaftlichen Wandel in den Mittelpunkt stellen und Forschung zu Migration und Integration unter dem Vorzeichen gesellschaftlicher Vielfalt in den Blick nehmen.

Internet:
<https://www.bmbf.de/foerderungen/bekanntmachung-1272.html>

BMI:

280.000 ASYLSUCHENDE IM JAHR 2016

Deutlicher Rückgang des Zugangs
von Asylsuchenden, 745.545 Asylanträge

Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Asylsuchenden nach Deutschland ist im Jahr 2016 deutlich zurückgegangen: nach vorläufiger Berechnung des BAMF kann von gut 280.000 asylsuchenden Menschen ausgegangen werden. Im Vorjahr waren es noch ca. 890.000 Asylsuchende.

Im Jahr 2016 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) insgesamt 745.545 formelle Asylanträge gestellt, 268.869 mehr als im Vorjahr. Damit ist es gelungen, allen Personen, die z.T. bereits im Jahr 2015 als Asylsuchende nach Deutschland eingereist sind, den Eintritt in das Asylverfahren zu ermöglichen. Etwa 36 Prozent der Asylbewerber waren Syrer, ca. 17 Prozent kamen aus Afghanistan und ca. 13 Prozent aus dem Irak.

Insgesamt 256.136 Personen erhielten im Jahr 2016 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (36,8 Prozent aller Asylbewerber). Zudem erhielten 153.700 Personen (22,1 Prozent) subsidiären Schutz nach § 4 Absatz 1 des Asylgesetzes und 24.084 Personen (3,5 Prozent) Abschiebungsschutz gemäß § 60 Abs. 5 oder 7 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes.

Deutlich steigern konnte das BAMF aber auch die Zahl der Asylentscheidungen: im Jahr 2016 waren es 695.733, ca. 146 Prozent mehr als im Vorjahr. Zudem konnte im vierten Quartal 2016 auch die Zahl der anhängigen Verfahren deutlich von ca. 579.000 Ende September 2016 auf ca. 434.000 Ende Dezember 2016, also um 25 Prozent, abgebaut werden.

Weiter in der Mitteilung mit den Zahlen im Einzelnen unter:

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/01/asylantraege-2016.html>

[PM BMI v. 11.01.2017; RED]

Studie:

WAS FLÜCHTLINGEN WIRKLICH WICHTIG IST

Welche Themen sprechen Flüchtlinge von sich aus an, wenn sie gefragt werden, wie es ihnen in Deutschland bisher ergangen ist? Wie ist die Lebenssituation von Asylsuchenden, die noch keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben? Eine umfassende Studie von SVR-Forschungsbereich und Robert Bosch Stiftung untersucht derzeit die Lebenslagen von Flüchtlingen und rückt damit deren Perspektive in den Mittelpunkt. Für die vorliegende Kurzinformation wurden erste Ergebnisse aus dem offenen Interviewteil der Gespräche mit Asylsuchenden ausgewertet, in denen sie Themen an-

sprechen können, die ihnen wichtig sind. Dieser offene Interviewteil ist eines der Alleinstellungsmerkmale der Untersuchung.

Weitere Themen, die Flüchtlinge häufig von sich aus ansprechen, sind der Wunsch, Deutsch zu lernen und Arbeit zu finden. Nahezu alle befragten Flüchtlinge wollen sehr gerne arbeiten oder sich weiter qualifizieren. Als sehr belastend wird die Trennung von Familienmitgliedern empfunden, die im Heimat- oder einem Transferland zurückgeblieben sind, und die Einschränkung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte. Ein weiterer belastender Faktor ist die Ungewissheit über den Ausgang des Asylverfahrens. Hierzu kommt das Gefühl, zu wenig und zu wenig verständliche Informationen über den Stand des Asylverfahrens oder andere Anliegen (wie z. B. Verbesserung der Wohnsituation) zu erhalten. Dies zeigt, welche wichtige Rolle Dolmetscher bzw. ehrenamtliche Sprachmittler spielen.

Für die Kurzinformation wurden 21 Interviews mit Flüchtlingen unterschiedlicher Herkunftsländer ausgewertet; das entspricht etwa einem Drittel der Interviews, die für die Studie geführt werden. Ziel des Forschungsprojektes ist eine wissenschaftlich fundierte Beschreibung der aktuellen Lebenslage von Flüchtlingen in Deutschland aus der Perspektive der Betroffenen selbst. Die Befragung gibt Aufschluss darüber, welche Bedarfe und Erwartungen die Betroffenen haben, welche Fähigkeiten sie mitbringen und wie sie ihre aktuelle Lebenslage wahrnehmen. Der Fokus der Studie liegt auf Personen mit unsicherem Aufenthaltsstatus in einem frühen Stadium ihres Aufenthalts in Deutschland. Aus den Erkenntnissen sollen Handlungsempfehlungen für eine verbesserte Aufnahme und Integration von Flüchtlingen entwickelt werden. Die vollständige Studie wird im November 2017 veröffentlicht.

Pressemitteilung des SVR:

<https://www.svr-migration.de/presse/presseforschung/was-fluechtlingen-wirklich-wichtig-ist/>

„Was wirklich wichtig ist: Einblicke in die Lebenssituation von Flüchtlingen“, Kurzinformation, Januar 2017. Download:

<https://www.svr-migration.de/publikationen/lebenslage-fluechtlinge/>

Qualifizierungen/ Stellenausschreibungen

Trainingsseminar:

»STÄRKE STATT (OHN-)MACHT –

Das Konzept der Neuen Autorität in Schule,
Jugendhilfe und Familie«

Anmeldefrist: **17.02.2017**

Die Alice Salomon Hochschule Berlin (ASH) in Kooperation mit dem Berliner Institut für Soziale Kompetenz & Gewaltprävention e.V. (BISG, <http://www.soziales-training.de/index.html>) bietet in der Zeit vom 31.03. bis 01.07.2017 das Trainingsseminar "Stärke statt (Ohn-)Macht – Das Konzept der Neuen Autorität in Schule, Jugendhilfe und Familie" an.

Das Seminar richtet sich an Lehr- und Fachkräfte aus den Bereichen Schule, Soziale Arbeit, Pädagogik und Psychologie sowie an alle Interessent*innen, die sich mit dem Konzept des Psychologen Prof. Dr. Haim Omer (Universität Tel Aviv) zur »Neuen Autorität« und zum »Gewaltlosen Widerstand« in der Erziehung intensiver auseinandersetzen, die Haltungen und Interventionsmöglichkeiten dieses Ansatzes vertiefen möchten. Der modulare Aufbau des Seminars ermöglicht das Anwenden und Erproben in der individuellen Alltagspraxis.

Anmeldungen sind bis zum 17.02.2017 möglich.

Informationen, Anmeldung und Kontakt:

http://www.ash-berlin.eu/weiterbildung/spezielle-angebote/?&kurs_jahr=2017&kurs_id=219

Förderungsmöglichkeiten: Für diese Weiterbildung werden „Prämiegutscheine“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) angenommen! Hier finden Sie weitere Informationen: <http://www.bildungspraemie.info/de/programm-bildungspraemie-21.php>

Kontakt

Berliner Institut
für Soziale Kompetenz & Gewaltprävention e.V.
c/o Hans-Böckler-Schule
Lobeckstraße 76
10969 Berlin

Tel.: (030) 616705 33
Fax: (030) 616705 99

Internet: <http://www.soziales-training.de>

GIZ e.V.:

IDEA-ZERTIFIZIERUNGSKURS

Pädagogische/r Assistent/in

Beginn: **06.03.2017**

In Berlin fehlen pädagogische Fachkräfte! An den Schulen, in Einrichtungen für geflüchtete und in Nachhilfeinstituten werden pädagogische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für die Unterstützung und Förderung von Kindern und Jugendlichen gesucht. Besonders Fachkräfte mit Migrationshintergrund und Sprachkenntnissen werden benötigt.

Wir bieten Ihnen eine Ausbildung zum pädagogische/r Assistent/in an.

- **Zertifizierungskurs**
- **9 Monate in Vollzeit**
- **1400 Stunden**
- **montags bis freitags von 8.30 – 15.30 h**
- **förderbar über Bildungsgutschein des JobCenters und der Arbeitsagentur**

Der nächste Kurs wird am 06.03.17 starten und es sind noch wenige Plätze zur Verfügung.

Kontakt und Information

Bei Interesse melden Sie sich bitte unter der E-Mail Adresse: Buero@giz.berlin, um weitere Informationen zu erhalten.

GIZ e.V.
Reformationsplatz 2
13597 Berlin

Tel: (030) 5130100
Fax: (030) 367 59 203

Internet: <http://www.giz.berlin>

FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB):

WEITERBILDUNGEN IM FCZB

IM FEBRUAR 2017

Start: 06.02. und 20.02.2017

Start: 6. Februar 2017 Fit für den Job mit MS Office und Internet-Know-how

Ob Wiedereinstieg nach Erwerbslosigkeit oder berufliche Umorientierung: Fundiertes und aktuelles IT-Know-how gehört zu den Anforderungen in nahezu allen Berufsbereichen und ist Voraussetzung für qualifizierte Tätigkeiten in Büro und Verwaltung.

In der Weiterbildung bauen die Teilnehmerinnen ihre IT-Kenntnisse und praktische Anwendungskompetenz für MS Office und Internet-Nutzung berufstauglich aus

und erweitern ihr Know-how zur Online-Zusammenarbeit.

Inhalte: Informationsrecherche im Internet, Verwaltung und Gestaltung von Word-Dokumenten, Erstellen von Angeboten und Rechnungen mit Excel, Präsentationen mit PowerPoint, E-Mail-Korrespondenz mit Outlook, rechtliche Aspekte, Profilentwicklung und (Online-)Bewerbung
Begleitende Maßnahmen: Eingangsberatung, fachliche Lernbegleitung und Lernprozessbegleitung

Zielgruppe: Erwerbslose oder geringfügig beschäftigte Frauen die ihre berufliche Situation verbessern wollen

Dauer und Lernform: 12 Wochen, Vollzeit, Präsenz (späterer Einstieg und Teilzeit ggf. möglich)

Kosten/Förderung: Bildungsgutschein der Agentur für Arbeit/Jobcenter Maßnahmennummer: 962/633/2016., Berufsgenossenschaften, Rentenversicherungsträger, Selbstzahlerin (Preis auf Anfrage).

Gefördert von der Abteilung für Frauen und Gleichstellung der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung aus Mitteln Landes Berlin.

Mehr zur Fortbildung: <http://fczb.de/fit-fuer-den-job-mit-ms-office-und-internet-know-how-2/>

Start: 20. Februar 2017, Info-Termin: 08.02.2017
Berufliche Orientierung und berufsbezogenes Deutsch für Migrantinnen

Das Qualifizierungsangebot richtet sich an Frauen mit Migrationshintergrund, die beruflich (wieder) einsteigen möchten. Die Teilnehmerinnen erfassen ihre Kompetenzen, benennen ihre beruflichen Ziele und erarbeiten sich Computerkenntnisse und Medienkompetenzen für Beruf und Alltag. Sie verbessern ihre beruflichen Deutschkenntnisse und schärfen ihre Berufsvorstellungen, auch wenn ihr Berufsabschluss in Deutschland bisher nicht anerkannt wurde. Mit diesen Kenntnissen können die Frauen an der anschließenden Fortbildung IT-Know-how für den Wiedereinstieg teilnehmen.

Zielgruppe: Erwerbslose Frauen mit Migrationshintergrund und Deutschkenntnissen A2/B1

Dauer und Lernform: 12 Wochen, Teilzeit, Präsenz (späterer Einstieg möglich)

Kosten: keine.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Berlin sowie von der Abteilung für Frauen und Gleichstellung der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung aus Mitteln Landes Berlin.

Mehr zur Fortbildung:

<http://fczb.de/berufliche-orientierung-und-berufsbezogenes-deutsch-fuer-migrantinnen-2/>

Infotermin für Interessentinnen: 8.2.2017, 10.00 Uhr, im FCZB

Kontakt

Veranstaltungsort:
FrauenComputerZentrumBerlin e.V. (FCZB)
Cuvrystraße 1
10997 Berlin

Renate Wolf
Tel. (030) 61 79 70 -16

E-Mail: info@fczb.de
Internet: <http://www.fczb.de>

Femtec.GmbH:

„TALENT TAKE OFF – EINSTEIGEN“

Orientierung im MINT-Dschungel für Schülerinnen und Schüler der 10. – 13. Klasse

Bewerbungsschluss: **19.02.2017**

Die Femtec.GmbH führt in Kooperation und im Auftrag der Fraunhofer-Gesellschaft wieder Schüler/innen-Workshops zur Orientierung und Studienwahl in den MINT-Fächern durch. Wir laden MINT-interessierte Schüler/innen herzlich ein, an unseren Programmen teilzunehmen:

„Talent Take Off – Einsteigen“ - Orientierung im MINT-Dschungel für Schülerinnen und Schüler der 10. – 13. Klasse, nächster Termin: 17.04. – 22.04.2017 (Bewerbungsschluss 19.02.2017)

Der Studienwahl-Kurs „Talent Take Off – Einsteigen“ richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Klassen 10 – 13, die sich für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und/oder Technik begeistern, die Lust haben sich mit ähnlich Interessierten auszutauschen und erfahren möchten, was „Angewandte Forschung“ eigentlich bedeutet. In einem mehrtägigen Orientierungs- und Entscheidungstraining können die Teilnehmenden ihre Interessen, Stärken und Kompetenzen erkunden, Kriterien für ihre Studienfachwahl entwickeln und zum Abschluss konkrete Schritte für den weiteren Studienwahl-Prozess festlegen.

Kosten: € 100,- inkl. Übernachtung, Verpflegung und Bustransfers. Die Bewerbung erfolgt über den Anmeldebogen:

https://www.femtec.org/sites/default/files/anmeldebogen_tto-e_fruehjahr_2017.pdf

Bei Interessent/innen, die noch nicht an Fraunhofer-Angeboten teilgenommen haben, bitten wir darüber hinaus um ein aussagekräftiges Motivationsschreiben.

Ausführliche Informationen im Internet unter <http://www.femtec.org/de/talent-take-einsteigen>.

Kontakt

Femtec.
Hochschulkarrierezentrum für Frauen Berlin GmbH
c/o Technische Universität Berlin
Straße des 17. Juni 135
10623 Berlin

Constanze Schultze

Tel.: (030) 314-29137

Fax: (030) 314-73398

E-Mail: schultze@femtec.org

Internet: <http://www.femtec.org>

28.02., La Red:

SEMINAR EXISTENZGRÜNDUNG

28 Februar 2017, 17:00

**Bartley & Co,
Boppstraße 2
10967 Berlin**

Anmeldung: la-red@la-red.eu

Wie kann ich mich selbständig machen? Bin ich selbständig oder freiberuflich? Welche Steuern muss ich bezahlen? Muss ich als selbständig tätige Person Krankenkasse bezahlen?... Viele Fragen und keine richtige Antwort.

La Red kann alle diese Fragen auf Spanisch beantworten, wir bieten ein spezielles Seminar über Existenzgründung an.

Das Seminar bietet einen kompakten Überblick zu den wichtigsten Themen rund um Gründung und Selbstständigkeit: Fahrplan in die Selbstständigkeit, Rechtsformen (Freiberufler und Selbständig), (Pflicht und freiwillige) Versicherungen, Steuern (Einkommensteuer, Umsatzsteuer). Die Teilnehmer/innen haben jederzeit die Möglichkeit, ihre Fragen zu stellen und ebenfalls im Anschluss individuelle Einzeltermine zu vereinbaren

Kontakt

La Red - Vernetzung und Integration e.V.

E-Mail: la-red@la-red.eu

Internet: <http://www.la-red.eu>

BORA e.V.:

STELLENAUSSCHREIBUNG

Leitung des Frauenhauses BORA ab 01.06.2017

Frist: **12.02.2017**

Der Verein BORA e.V. unterhält Gewaltschutzprojekte und Gewaltschutzeinrichtungen, Nachsorgeprojekte und Nachsorgeeinrichtungen sowie Beratungsangebote für Frauen und ihre Kinder. In den Projekten und Einrichtungen erfahren Frauen und Kinder fachliche Beratung und Begleitung. Sie werden unterstützt, die physischen, psychischen, sozialen und ökonomischen Folgen von Gewalt zu überwinden. Sie werden nach dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe feministisch und parteilich begleitet.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Vereins ist die Öffentlichkeitsarbeit gegen Gewalt im weitesten Sinne und die Durchsetzung der Rechte von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder.

Ab dem 01.06.2017 ist die Stelle der Leiterin des Frauenhauses BORA zu besetzen.

Der Stellenumfang beträgt bis zum 31.07.2017 bis zu 50%, danach 85 % einer Vollzeitstelle.

Das Frauenhaus BORA wird durch Zuwendungen des Landes Berlin finanziert.

Die Aufgabenschwerpunkte sind:

- Leitung und Verwaltung des Frauenhauses BORA
- Dienst- und Fachaufsicht für alle Mitarbeiterinnen des Arbeitsbereichs
- Mitarbeit im Leitungsgremium von BORA e.V.
- Verantwortung für die finanzielle und personelle Absicherung des Frauenhauses
- Steuerung der Mittelverwendung
- Verantwortung für zuwendungsrechtliche Erfordernisse (Verwendungsnachweis, Statistik, Kooperation mit der zuständigen Senatsverwaltung)
- Qualitätssicherung und konzeptionelle Weiterentwicklung
- Vertretung der Interessen des Frauenhauses nach innen und außen
- Vertretung der Interessen des Trägers BORA e.V. nach außen (z.B. Spendenwerbung)
- Repräsentation des Projekts oder des Trägers gegenüber Medien (Rundfunk, TV, Presse)
- Förderung der Kooperation der BORA-Einrichtungen untereinander
- Kooperation mit anderen Projekten und Initiativen, die ähnliche Anliegen verfolgen wie BORA e.V.

Voraussetzungen:

- Dipl. Sozialarbeiterin/-pädagogin oder vergleichbare Qualifikation
- Leitungserfahrung
- Erfahrungen in der Antigewaltarbeit mit Frauen, vor allem in der Beratungsarbeit und Krisenintervention

- gründliche PC-Kenntnisse (Word, Excel, Internet)
- Kenntnisse des Arbeitsrechts
- Kenntnisse des Zuwendungs-/Haushaltsrechts für die Bewirtschaftung öffentlicher Mittel
- Personalführungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Belastbarkeit
- Interkulturelle Kompetenz
- Erfahrung in interkultureller Team- und Sozialarbeit
- Bereitschaft zur Teilnahme an Supervision
- Fremdsprachenkenntnisse

Wir bieten:

Arbeit mit einem Team von Sozialpädagoginnen/Sozialarbeiterinnen, Möglichkeit zu Fortbildung, Team- und Fallsupervision, Vergütung nach AVR DWBO einschl. Jahressonderzahlung (EG 10). BORA e.V. ist Mitglied im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche ist erwünscht. Wir freuen uns besonders über die Bewerbung von Migrantinnen.

Bewerbung/ Kontakt

Bewerbungen (Anschreiben und Lebenslauf, ggf. frankierter Rückumschlag) bitte bis zum **12.02.2017** an: BORA e.V.

Kennwort: Leitung FH
Albertinenstraße 1
13086 Berlin

oder per E-Mail an:

geschaeftsstelle@frauenprojekte-bora.de

15.02., Be HOGA-Infotour:

INTERESSE AM GASTGEWERBE?

Infotour im Bus zu drei Hotels und Restaurants

Infotour im Bus zu drei Hotels und Restaurants – die etwas andere Jobsuche.

Das Gastgewerbe sucht Azubis sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Deshalb startet am Mittwoch, den 15. Februar 2017, um 10 Uhr die nächste Be HOGA-Tour. Die 4stündige Fahrt im modernen Sprinterbus durch Berlins Mitte bietet Besichtigungen in Hotels und Restaurants, Begegnungen und gemeinsame Aktionen mit den Menschen, die dort arbeiten, und viele Informationen zu den Tätigkeiten und Jobmöglichkeiten in Berliner Hotels und Restaurants.

Mitfahren können alle, die zwischen 18 und 35 Jahre alt sind und die gerne einmal wissen möchten, wie es hinter den Kulissen Berliner Hotels und Restaurants so aussieht. Die Fahrt ist kostenlos und Teil des Projektes Be HOGA – Perspektiven im Berliner Gastgewerbe, das bildungsmarkt e.v., LIFE e.V. und kiezküchen

GmbH in Zusammenarbeit mit Betrieben des Berliner Gastgewerbes bis 2019 durchführen.

Anmeldung/ Infos/ Kontakt

Mehr Informationen und Anmeldung

<http://www.behoga-berlin.de>

oder info@behoga-berlin.de

oder unter Tel. (030) 397 391 31.

Be HOGA Kontakt

Ulla Bünde

Tel.: (030) 39 73 91-65

E-Mail: ubuende@bildungsmarkt.de

Robin Kremer

Tel.: (030) 39 73 91-63

E-Mail: rkremer@bildungsmarkt.de

Job Destination Europe:

BETRIEBLICHES PRAKTIKUM IN MARSEILLE

Start: **27.02.2017**

Das Angebot richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 18 und 35 Jahren mit Schwierigkeiten beim Zugang zu Arbeit und Ausbildung. Ziel ist die (Wieder-) Aufnahme einer Arbeit, Berufs- oder Schulausbildung.

Ablauf:

- 2-monatiges betriebliches Praktikum in Frankreich
- Intensives Sprachtraining Französisch
- Landeskunde und interkulturelle Vorbereitung
- Lernen in kleinen Gruppen von 8-12 Teilnehmer/-innen
- Unterbringung in WG im Einzelzimmer
- Deutsch-/Englischsprachige Betreuung im Ausland
- Jobcoaching und Unterstützung bei der Jobsuche

Nächster Termin:

Start: 27.02.2017

Ausland: 10.04. - 09.06.2017

Ende: 07.07.2017

Für die Teilnahme am Projekt entstehen Ihnen keine Kosten! Das Projekt wird im Rahmen der ESF-Integrationsrichtlinie Bund, Handlungsschwerpunkt Integration durch Austausch (IdA), durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert-

Bewerbung/ Kontakt

Haben Sie noch Fragen?

Oder bewerben Sie sich direkt per E-Mail unter:

job destination europe
Waldenserstraße 2-4
10551 Berlin

Telefon: (030) 397 391 -903 / -87

E-Mail: contact@job-destination-europe.net
Internet: <http://www.job-destination-europe.net>

START-Schülerstipendium:

NEU IN DEUTSCHLAND? BEWIRB DICH BEI START!

Frist: **15.03.2017**

Auch in diesem Jahr vergibt das START-Schülerstipendienprogramm wieder Stipendien an motivierte Jugendliche, die seit max. 5 Jahren in Deutschland leben und an ihrer schulischen und persönlichen Weiterentwicklung arbeiten wollen.

Das Stipendium unterstützt Jugendliche mit eigener Zuwanderungs- oder Fluchtgeschichte bei ihrem persönlichen Neuanfang in Deutschland und legt den Fokus auf die Förderung ihrer Bildungsbiographie. Das Stipendium dauert unabhängig vom angestrebten Schulabschluss zwei Jahre und umfasst eine ideelle und materielle Förderung. Mehr Informationen zum START Stipendienprogramm unter www.start-stiftung.de

Die Bewerbung steht ausdrücklich allen Schülerinnen und Schülern ab der 8. Klassenstufe offen, unabhängig von der aktuellen Schulform und dem angestrebten Schulabschluss. Voraussetzung für die Förderung ist, dass die Bewerberinnen und Bewerber die nächsten beiden Jahre auf einer allgemein- oder berufsbildenden Schule verbringen und neben einer starken Eigenmotivation hohe soziale Kompetenzen und gute Deutschkenntnisse aufweisen.

Aktueller Ausschreibungsflyer:

https://www.start-stiftung.de/fileadmin/website/uploads/files/presentationen_flyer/START_Flyer_2_2017.pdf

**Der Bewerbungszeitraum ist vom
1. Februar bis zum 15. März 2017.
Die Bewerbung erfolgt online unter
<http://www.start-bewerbung.de>**

Kontakt

START-Stiftung gGmbH
Bewerberservice
Friedrichstraße 34

60323 Frankfurt am Main

Tel. (069) 300 388 488

E-Mail: stipendium@start-stiftung.de
Internet: <http://www.start-stiftung.de>

Workshops/ Tagungen

17./18.02., Hannover:

„VIELFALT VERBINDET“

Vorbereitungstagung
zur Interkulturellen Woche 2017

Als Termin für die Interkulturelle Woche wird der Zeitraum vom Sonntag, den 24. September bis Samstag, den 30. September 2017 empfohlen. Der Tag des Flüchtlings ist am Freitag, den 29. September 2017.

„Vielfalt verbindet.“ – unter diesem Motto findet die Interkulturelle Woche 2017 sowie die bundesweite Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche am 17. und 18. Februar 2017 in Hannover statt.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss (ÖVA) lädt zu dieser Tagung Haupt- und Ehrenamtliche ein, die sich in den Themenbereichen „Migration, Antirassismus, Partizipation und Flüchtlinge“ engagieren.

In Diskussionen, Arbeitsgruppen und Vorträgen werden wir uns mit folgenden Themen und Fragen beschäftigen:

- "Was haben die Parteien im Wahljahr 2017 vor - wie definieren sie Vielfalt?",
- "Was brauchen Flüchtlinge und was Ehrenamtliche?",
- "Was ist gegen Rassismus, Rechtspopulismus und Islamophobie zu tun?",
- "Abschiebungen nach Afghanistan im Spiegel menschenrechtlicher Standards",
- "Wie gelingt Teilhabe durch Bildung und Arbeit für (junge) Flüchtlinge?",
- "Wie steht es um den Familiennachzug?" und
- "Wie können Religionen sich im interreligiösen Dialog für den Frieden engagieren?".

Alle Informationen sowie das fortlaufende Programm zur Tagung finden Sie unter

<http://www.interkulturellewoche.de/Vorbereitungstagung2017>

21.02., Fachtagung:

MEINE SPRACHE - MEINE STÄRKE

„Mehrsprachigkeit in Familie, Kita und Schule“

21. Februar 2017, 09:30 bis 15:30 Uhr

Nachbarschaftshaus Urbanstr e.V.

Urbanstraße21

10961 Berlin

Sprache ist der Schlüssel für Austausch und gesellschaftliche Teilhabe und eine wichtige Voraussetzung für die inklusive Bildung. Trotz des kontinuierlichen Zugzugs von Migrant*innen nach Berlin hat Mehrsprachigkeit nach wie vor keine Priorität für die Berliner Bildungspolitik. Am Tag der Muttersprache möchten wir daher mit diesem Fachtag einen Akzent auf die Förderung von Mehrsprachigkeit als Potenzial setzen und folgende Fragen diskutieren:

- Wie weit fortgeschritten ist die institutionelle Förderung der Mehrsprachigkeit seitens der Berliner Bildungspolitik?
- Wie gestaltet sich derzeit die Zusammenarbeit von Kitas und Schulen mit Familien, deren Kinder mehrsprachig sind?
- Wie kann Mehrsprachigkeit in Familie, Kita und Schule gefördert werden?
- Was gibt es für Best Practice-Beispiele dazu?

Zu Beginn des Fachtages werden Prof. Dr. Natascha Naujok, Professorin für Sprache und Kommunikation, und Frau Fidan Fuldari von der Universität Hildesheim Impulsreferate halten. Anschließend wird eine Podiumsdiskussion mit einem*r Vertreter*in der Senatsverwaltung für Bildung (N. N.), Frau Martina Valjevcic (Kिताleitung der mehrsprachigen Kindertagesstätte im Familienzentrum Mosaik), Frau Yildiz Yilmaz (Elternvertreterin der Regenbogenschule) und Frau Marita Orbegoso Alvarez (Vertreterin der im Bildungsbereich aktiven Migrant*innenorganisation MaMisen Movimiento e.V.) erfolgen.

Die Veranstaltung richtet sich an ein Fachpublikum aus dem Bildungs- und Jugendbereich, an Multiplikator*innen aus den Migrant*innencommunities und an Eltern. Alle, die sich für das Thema Mehrsprachigkeit interessieren, sind herzlich eingeladen. Organisiert wird die Veranstaltung vom Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA) Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V. (Projekt IKMO) und Yekmal e.V. (Projekt Zukunft Miteinander) im Rahmen des BEFaN-Netzwerks.

BEFaN (Bildung-Eltern-Familie-Nachbarschaft) ist ein berlinweites Netzwerk, das sich im Anschluss an das gemeinsame BEFaN-Projekt von Mitra e.V., Yekmal e.V. und VIA Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V. gebildet hat und seit Anfang 2016 vom VIA Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V. koordiniert wird. Ziel des Netzwerkes ist der Fachaustausch im Bereich der frühkindlichen Bildung und Mehrsprachigkeit sowie der Erfahrungsaustausch und die Vernetzung von Mig-

rant*innenorganisationen untereinander. Mehrsprachigkeit sichtbar zu machen und zu fördern sowie Bemühungen um deren Verankerung in der Berliner Bildungspolitik stehen dabei im Fokus.

Anmeldung/ Kontakt

Verband für Interkulturelle Arbeit (VIA)
Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.
Remziye Uykun
Petersburger Straße 92
10247 Berlin

Tel.: (030) 2900 6948

Fax: (030) 2900 6950

E-Mail remziye.uykun@via-in-berlin.de

Internet: <http://www.via-in-berlin.de>

18.02., Inssan e.V.:

NETZWERKTREFFEN MUSLIMISCHER AKTEURE IN DER GEFLÜCHTETENHILFE

Anmeldung bis: **12.02.2017**

Samstag, 18. Februar 10.30 – 17.00

Berlin (Ort wird bei Anmeldung bekannt gegeben)

Engagierte Muslime in der Geflüchtetenhilfe

Unkostenbeitrag: 10 € (inkl. Verpflegung)

Das Projekt "Wegweiser: Mentor_innen für Flüchtlinge" engagiert sich in der Berliner Flüchtlingshilfe. Wegweiser ist ein Projekt des Trägers Inssan e.V.

Am 18. Februar 2017 ist es soweit – Wegweiser lädt ein zum zweiten Netzwerktreffen muslimischer Akteure in der Hilfe für Geflüchtete.

Das Treffen bietet muslimischen Engagierten die Möglichkeit ihre Projektideen und ihr Engagement vorzustellen, sich auszutauschen und besser zu vernetzen.

Des Weiteren werden wir uns intensiv mit dem Thema Kooperationen und Öffentlichkeitsarbeit von Projekten/Initiativen beschäftigen. Dazu haben wir Referenten eingeladen. Der Projektleiter von House of Resources Berlin (<http://www.house-of-resources.berlin/>) wird im Rahmen des Netzwerktreffens einen Workshop zur Öffentlichkeitsarbeit von Migrantenselbstorganisationen halten und einen Input zum großen Thema Kooperationen. Mit dieser Plattform sollen Synergien geschaffen und neue Impulse für die eigene Arbeit gesammelt werden.

Sei mit Deinem Engagement dabei!

Anmeldung/ Kontakt

Anmeldung: bis zum 12. Februar 2017 über das Formular auf der Homepage

<http://www.wegweiser-inssan.de/2016/08/01/netzwerktreffen-muslime-machen-das/>

Natalia Loinaz, Projektleitung
Wegweiser: Mentor_innen für Flüchtlinge
Inssan e.V.
Gitschiner Straße 17
10969 Berlin

Tel.: (030) 20619639
Funk: (0176) 72 77 97 56

E-Mail: wegweiser@inssan.de
Internet: <http://www.wegweiser-inssan.de>

06.-07.03., FES Berlin:

#ANGEKOMMEN

Der Integrationskongress
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Anmeldefrist: **20.02.2017**

06.-07.03.2017, FES Berlin
Friedrich-Ebert-Stiftung
Haus 1 und Haus 2
Hiroshimastraße 17 und 28
10785 Berlin-Tiergarten

Die globalen Migrations- und Fluchtbewegungen haben in den letzten Jahren zugenommen. So sind laut UNHCR derzeit über 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht vor Verfolgung, gewaltsamen Konflikten, prekären Lebensbedingungen oder Naturkatastrophen. Insbesondere 2015 kam eine große Zahl geflüchteter Menschen auch nach Europa und nach Deutschland und stellt die Integrationspolitik vor große Herausforderungen.

Vieles wurde in den vergangenen Monaten durch den Einsatz zahlreicher haupt- und ehrenamtlicher Bürger_innen schon erreicht. Aber die Aufgabe ist vielschichtig, eine Gesellschaft zu schaffen, in der das Ankommen gelingt und Teilhabe für alle möglich ist. Dabei müssen sehr konkrete Fragen geklärt werden, wie der Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt, Sozialleistungen und Wohnraum. Aber auch darüber hinaus ist zu diskutieren, was das gemeinsame Gerüst einer Einwanderungsgesellschaft im Wandel bildet und wie die deutsche Gesellschaft gerecht, sicher und in Vielfalt miteinander leben kann. Dies ist für uns keine Utopie, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – gerade in Zeiten, da Fragen von Migration und Integration umstritten sind.

Als Standortbestimmung und als Inspirationsquelle für die Integrationspolitik richtet die Friedrich-Ebert-Stiftung einen internationalen Kongress aus. Am 6. und 7. März 2017 werden wir danach fragen, was in der deutschen Integrationspolitik bereits geschafft worden ist, was

man aus internationalen Erfahrungen lernen kann und welche Perspektiven eine künftige Politik im Interesse von Integration und Teilhabe entwickeln kann. Sie sind herzlich zu diesem Kongress eingeladen.

Vollständiges Programm auf der Kongress-Website unter: <http://www.fes.de/de/angekommen/>.

Anmeldung/ Kontakt

Bitte melden Sie sich bei Interesse bis zum 20. Februar 2017 an. Dies ist ausschließlich online möglich unter <https://www.fes.de/survey/index.php/711838/lang-de>.

Nele Lämmer
Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Tel.: (030) 269 35 7331

E-Mail intekon@fes.de
Internet: <http://www.fes.de>

Initiativen

BApK e.V.:

SEELEFON

Bundesverband der Angehörigen
startet Beratungstelefon für Flüchtlinge

Der Startschuss ist gefallen. Der Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen (BApK) e.V. ist mit seinem „SeeleFon“ für Flüchtlinge am Netz. „Wir sind froh, dass es nun so weit ist“, sagt die BApK-Vorsitzende Gudrun Schliebener. Gemeinsam mit dem BKK-Dachverband bietet der BApK das niedrigschwellige und zeitgemäße Beratungstelefon an, mit dem sich Menschen mit Fluchterfahrungen und anderem Migrationshintergrund Hilfe holen können, wenn sie ihre seelische Balance verloren haben.

„Am SeeleFon für Flüchtlinge sitzt natürlich auch immer ein Ansprechpartner für die Sorgen und Fragen von Angehörigen psychisch erkrankter Flüchtlinge“, erläutert die BApK-Vorsitzende Schliebener. Dies sei ja das ureigene Anliegen des BApK, der sich auf die Bedürfnisse der potentiellen Hilfesuchenden eingestellt hat. Denn der BApK-Mitarbeiter Christian Kleissle kann die betroffenen Menschen in arabischer, englischer und französischer Sprache beraten.

„Zeitgemäß wird das SeeleFon für Flüchtlinge gestaltet. Die Flüchtlinge, die mit einem Trauma nicht zurechtkommen, eine depressive Episode erleben oder einen psychotischen Schub erfahren, können ihr Smartphone

nutzen, um einen konkreten Ansprechpartner zu haben. Sie können, wenn sie noch mehr Anonymität wünschen, via Internet Unterstützung erbitten“, beschreibt Schliebener das SeeleFon für Flüchtlinge.

Die Niedrigschwelligkeit des SeeleFon für Flüchtlinge scheint unverzichtbar. Es fällt den Flüchtlingen nicht nur schwer, sich bei einem niedergelassenen Facharzt oder in einer psychiatrischen Klinik fachliche Hilfe zu suchen, da die Stigmatisierung seelischer Erkrankungen auch in anderen kulturellen Zusammenhängen groß ist. Die Orientierungslosigkeit der Betroffenen ist im deutschen Gesundheitswesen groß. Deshalb wird der BApK zeitnah Ratgeber veröffentlichen, die barrierefrei das psychiatrische Versorgungssystem, seelische Erkrankungen und rechtliche Fragen um die Psychiatrie erklären. Diese Ratgeber können interessierte Betroffene, Angehörige und Flüchtlingshelfer von der Webseite des BApK herunterladen.

Dem BApK sind 15 Landesverbände der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen mit mehr als 8500 Mitgliedern angeschlossen. Sie organisieren die Arbeit der bundesweit über 500 regionalen Selbsthilfegruppen, bieten unterschiedliche Beratungs- und Informationsangebote an und leisten Lobbyarbeit und Interessenvertretung in den Ländern, Regionen und Kommunen.

Präsenzzeiten des SeeleFon für Flüchtlinge:
montags, dienstags, mittwochs
von 10 bis 12 Uhr sowie von 14 bis 15 Uhr.
Erreichbar ist es unter der Telefonnummer (0228) 71002425.

Kontakt

Familien-Selbsthilfe Psychiatrie (BApK e.V.)
Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen

Oppelner Straße 130
53119 Bonn

Tel.: (0228) 71002404
Fax (0228) 71002429

E-Mail: bapk@psychiatrie.de
Internet: <http://www.bapk.de>

26.02.,

DANKE-FEIER IN BERLIN

Evangelische Landeskirche lädt Ehrenamtliche ein

Die Evangelische Landeskirche lädt Ehrenamtliche, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, zu einer Danke-Feier in Berlin ein:

**Am 26. Februar 2017 von 10 bis 15:00 Uhr
in der Flüchtlingskirche St. Simeon
Wassertorstraße 21a
10969 Berlin**

"Mit den 'Danke-Festen' möchten wir den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in der Flüchtlingshilfe für ihre unerlässliche Arbeit danken und ihnen unseren Respekt und unsere Wertschätzung zum Ausdruck bringen", sagte Bischof Dröge. Ihr Engagement, oft zusätzlich zu den beruflichen Verpflichtungen, sei nicht selbstverständlich, aber es sei heute unersetzlich, so der Bischof.

Anmeldung/ Infos

Weitere Infos dazu finden Sie unter:

<https://www.ekbo.de/denken/themen/detail/nachricht/kirche-laedt-fluechtlingshelfer-zu-danke-feiern.html>

Anmeldung: dankefeier.berlin@ekbo.de

Informationen zur Fachgruppe Migration und Flüchtlinge der Landesarmutskonferenz Berlin:

<http://www.landesarmutskonferenz-berlin.de>

Kulturstiftung des Bundes:

360°- FONDS FÜR KULTUREN DER NEUEN STADTGESELLSCHAFT

Info-Tour zu Fördermöglichkeiten macht Station in Berlin

Migration hat die Gesellschaft in Deutschland in der Vergangenheit verändert und wird sie auch in Zukunft verändern. Deutschland ist ein Einwanderungsland und besonders Städte sind geprägt durch gesellschaftliche Vielfalt. Viele Institutionen haben begonnen, die neue Stadtgesellschaft mitzugestalten, jedoch spiegelt sich die kulturelle Diversität der Städte in den Programmangeboten, im Personal und im Publikum von Kultureinrichtungen noch nicht wider. Weder in Entscheidungspositionen noch im Publikum entspricht der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte ihrem Anteil an der Bevölkerung.

Mit 360°- Fonds für Kulturen der neuen Stadtgesellschaft unterstützt die Kulturstiftung des Bundes Institutionen aus den Sparten Kunst, Musik, Darstellende Künste und Literatur, die gesamte Gesellschaft in den

Blick zu nehmen: Einwanderung und kulturelle Vielfalt sollen als ebenso chancenreiches wie kontroverses Zukunftsthema aktiv in das eigene Haus und in die städtischen Diskussionen getragen werden.

Gefördert wird die diversitätsorientierte Öffnung von Kultureinrichtungen in den Bereichen Programmangebot, Publikum und Personal.

Umfangreiche Informationen unter:

http://www.kulturstiftung-des-bundes.de/cms/de/projekte/nachhaltigkeit_und_zukunft/agenzten_stadtgesellschaft.html

Als Informations- und Beratungsangebot für interessierte Antragsteller/innen geht der Fonds 360° zwischen Februar und März 2017 auf Tour:

Berliner Station:

Montag, 27. März 2017
Komische Oper Berlin

Hier sind Interessierte eingeladen, sich über Antragsmöglichkeiten zu informieren und in Vorträgen und im Gespräch mehr zu den Themen Diversität in Kulturinstitutionen und Change-Management zu erfahren. Sie können sich allgemein zu den Förderbedingungen des Fonds oder auch schon ganz konkret zu ihrem Antragsvorhaben beraten lassen – die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kulturstiftung des Bundes sind vor Ort.

Vorläufiges Programm:

http://www.kulturstiftung-des-bundes.de/sites/KSB/download/Vorlaeufiges-Programm_Infotour360.pdf

Anmeldung:

<http://www.sauerbrey-raabe.de/anmeldung/anmeldung-360/>

Aus Projekten und Vereinen

25. u. 26.02., FEZ:

KOCHEN MIT FREUNDEN

Eine kulinarische Mitmachreise
für die ganze Familie!

Samstag, 25.02.2017 und Sonntag, 26.02.2017

jeweils 12:00 – 18:00 Uhr, FEZ-Berlin

Straße zum FEZ 2

12459 Berlin

Tagesticket: € 7,50 p.P.,

Familien ab 3 Pers.: € 6,- p.P.

Was essen syrische, brasilianische, bosnische, englische, peruanische und kameruner Familien gern? Am 25. und 26. Februar lädt das FEZ-Berlin Kinder und Familien zu einer kulinarischen Weltreise ein. Getreu dem Motto "Kochen verbindet und schafft Begegnung" zaubern Köchen*innen aus verschiedenen Ländern Spezialitäten aus ihrer Heimat und stellen ihre landestypischen Gerichte vor.

In 10 Mitmachküchen bereiten Kinder- und Familienteams gemeinsam mit internationalen Profiköchen landestypische Gerichte zu. Es wird geschnippelt, gekocht und anschließend an einer langen Festtafel gemeinsam gemütlich gegessen.

Aus dem Programm:

- Schnippelparty
- Kinderküche & großes Spielareal
- Lagerfeuer mit Knüppelkuchen
- Gulaschkanone
- Teebräuche weltweit
- Saftbar (Herstellung von eigenen Smoothies)
- Beratung zu Lebensmittelallergien/-intoleranzen
- interkulturelles Bühnenprogramm

Unter der Schirmherrschaft von TV-Koch Achim Müller (bekannt aus der TV-Sendung ‚Jugend kann nicht kochen‘).

Weitere Informationen unter:

<https://fez-berlin.de/nc/programm/detailansicht/kochen-mit-freunden-493/>

Kontakt

FEZ-Berlin
betrieben durch die KJfz-L-gBmbH
Straße zum FEZ 2
12459 Berlin

Tel.: (030) 53071 - 119

Fax: (030) 53071 – 218

E-Mail: info@fez-berlin.de
 Internet: <http://www.fez-berlin.de>

AFROPOLITAN BERLIN
Programm Februar 2017



Workshop Kraft der Götter

Workshopleiter: Murah Soares

Termin:

05. Februar 2017 - 12:00 bis 16:00 Uhr

Dieser Workshop führt ein in die rituellen Tänze und Gesänge der verschiedenen afro-brasilianischen Religionen.

Ort: Forum Brasil

Infos unter: <http://www.afropolitan.berlin>

Black History Month

Die Kraft der Götter

Aufführung: Samstag, 25. Februar 2017

Einlass 19:30 Uhr, Beginn: 20:00 Uhr

Ort: Werkstatt der Kulturen

Infos unter: <http://www.afropolitan.berlin>

Kontakt und Info

AfroPolitan Berlin
 c/o Forum Brasil e.V.
 Möckernstraße 72
 10965 Berlin

Tel: (030) 780 960 54

E-Mail: info@afropolitan.berlin

Internet: <http://www.afropolitan.berlin>

BAYOUMA-HAUS

der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.

Interkulturelles Gemeinwesenzentrum
 in Friedrichshain-Kreuzberg

Programm Februar 2017 (Auszug)

Nachbarschaftsangebote

Frau Natascha Garay, Einrichtungsleitung
 Gesundheit & Kultur, Tel.: 29 04 91 36
 E-Mail: n.garay@awo-spree-wuhle.de

Loan Nguyen, Senioren, Gemeinwesenarbeit
 Tel.: 29 04 66 12

E-Mail: i.nguyen@awo-spree-wuhle.de

Frauenprojekt „Mariposa“

Frau Belinda Apicella, Tel. 29 04 66 11, Kurzberatung in sozialen Fragen, Gruppenangebote (SHG, Workshops) und Informationsveranstaltungen für Migrantinnen.

E-Mail: b.apicella@awo-spree-wuhle.de

Wir haben für Sie Mo. Di. und Do. 09:00 – 16:00 Uhr, Mi. von 13:00 – 16:00 Uhr, Fr. 09:00 – 13:00 Uhr und nach Vereinbarung geöffnet.

Mittwoch, 01. Februar, 13:30 – 15:30 Uhr

Kostenlose multilinguale Sprechstunde der AOK mit Serena Manno zu Fragen der Krankenversicherung (auf Deutsch, Italienisch, Spanisch u. Englisch)
 Termine unter 29 04 66 11

Mittwoch, 08. Februar, 14:00 – 16:00 Uhr

Kostenlose Sprechstunde zu Mietrecht mit Rechtsanwalt Hans-Peter Scholz
 Terminvereinbarung unter 29 04 66 11

Dienstag, den 21. Februar, 14:00 – 16:30 Uhr
"Spiel doch mal wieder!"

Generationsübergreifender Spielenachmittag für Freunde von Rommé, (Kostenfreies Angebot)

Samstag, den 25. Februar, 13:00 – 19:00 Uhr

Treff des Vereins „der ehemaligen angolanischen Vertragsarbeiter im ehemaligen Ost-Deutschland (DDR) in Berlin-Brandenburg“ e.V.
 Kontakt: munjunga augustojone: aujone@googlemail.com

Angebote im Februar des Frauenprojektes Mariposa



Internet: <http://www.awo-spree-wuhle.de/mariposa>

Sprechstunden:

Dienstags, 13:00 – 16:00 Uhr und
 Donnerstags, 10:00 – 12:00 Uhr
 Tel. 29 04 66 11

Telefonisch erreichbar: Mittwochs, 13:00 – 15:00

Freitag, den 03. Februar 11:00 – 13:00 Uhr

Frauenbrunch bei Mariposa zum Austauschen, Netzwerken, Kennenlernen. Jede bringt etwas zum Essen mit.

Dienstags, 09:45 – 11:15 Uhr

„Platz für Mütter in Friedrichshain“, offene Gruppe für Frauen – italienisch, englisch, deutsch – Bewegungsübungen, Empowerment und Austausch – kommen Sie gerne mit und ohne Kinder! Mit Psychologin Silvia Bonapace

Kostenfreies Angebot

Anmeldung unter silvia.bonapace@studio.unibo.it

Jeden ersten und dritten Mittwoch im Monat, 13:30 – 15:30 Uhr

„Geschichten im Koffer“ –

Schreibwerkstatt für italienische Frauen,

eine introspektive Reise über Migration mit Liliith Di Fede

montags, im Wechsel

10:00 – 12:00 Uhr und 13:00 – 15:00 Uhr

Hilfe bei Bewerbungen

Erstellung von Bewerbungsunterlagen, Hilfe bei der Suche von Stellenangeboten mit Frau Kunze (kostenfrei)

Anmeldung unter: (030) 290 466 11 oder

b.apicella@awo-spree-wuhle.de

Kontakt

Bayouma-Haus
der Arbeiterwohlfahrt Berlin Spree-Wuhle e.V.
Frankfurter Allee 110 (zweiter Hinterhof,
neben der Werkstatt „Box im Bogen“. 1. Etage)

10247 Berlin
Tel.: (030) 29 04 91 36 – Fax: (030) 29 04 91 29

E-Mail: bayouma-haus@awo-spree-wuhle.de

Ausführliches Programm und Informationen unter:

Internet: <http://www.bayouma-haus.de>
<http://www.bayouma-gesundheit.de>
<http://www.awo-spree-wuhle.de>
<http://www.awo-spree-wuhle.de/mariposa>

Veranstaltungen

Akademieprogramme
des Jüdischen Museums Berlin:

VERANSTALTUNGEN FEBRUAR 2017

Donnerstag, 09. Februar 2017, 19:00 Uhr
Vater unser

Eine Sintifamilie erzählt

Gespräch und Lesung mit Anita Awosusi im Rahmen
der Reihe Neue deutsche Geschichten. Info:
<https://www.jmberlin.de/vater-unser-eine-sintifamilie-erzaehlt>

Donnerstag, 16. Februar 2017, 19:00 Uhr

Die Zerreißprobe

Wie die Angst vor dem Fremden unsere Demokratie bedroht

Lesung und Podiumsdiskussion mit der Autorin Lamy
Kaddor

Alle sprechen darüber, wie sich Geflüchtete und Ein-
wanderer*innen integrieren können – Lamy Kaddor
dreht die Blickrichtung um. In ihrem Buch fragt die Is-
lamwissenschaftlerin und Pädagogin, inwiefern sich die
Mehrheitsgesellschaft ändern muss, damit das Zu-
sammenleben gelingt und liberale Grundsätze nicht
aufgegeben werden.

Nach dem Erscheinen von Die Zerreißprobe. Wie die
Angst vor dem Fremden unsere Demokratie bedroht
sah sich die Autorin so massiven Drohungen aus dem
rechten Spektrum ausgesetzt, dass sie sich vom
Schuldienst beurlauben lassen musste.

Lamy Kaddor liest aus ihrem Buch und diskutiert mit
Staatsministerin Aydan Özoğuz und Andreas Zick vom
Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltfor-
schung (Universität Bielefeld) über die aktuelle Polari-
sierung der Gesellschaft, die Verdrängung kritischer
Stimmen aus dem öffentlichen Diskurs durch
Rechtspopulist*innen und über politische und gesell-
schaftliche Gegenstrategien.

Weitere Informationen zu der Veranstaltung finden Sie
unter:

<https://www.jmberlin.de/die-zerreissprobe-wie-die-angst-vor-dem-fremden-unsere-demokratie-bedroht>.

Donnerstag, 23. Februar, 19:00 Uhr

Grenzen des Lebens

Bioethische Fragen

Ethische Fragen in Judentum und Islam – Dialogische
Ringvorlesung im Rahmen des Jüdisch-Islamischen
Forums

Info: <https://www.jmberlin.de/grenzen-des-lebens-bioethische-fragen>

Veranstaltungsort und Anmeldung

Veranstaltungsort für die Veranstaltungen:

Saal in der W. Michael Blumenthal Akademie
Fromet-und-Moses-Mendelssohn-Platz 1
10969 Berlin (auf der gegenüberliegenden Straßenseite
des Museums), Eintritt frei - Anmeldung erforderlich.

Anmeldung: Tel.: (030) 25 993 488
oder per E-Mail: reservierung@jmberlin.de

Internet: <http://www.jmberlin.de/>

DAS HKW IST WIEDER DA!

Das HKW wird am 2.2.2017
mit der transmediale wiedereröffnet

Nach neunmonatiger Bauzeit öffnet das HKW am
2.2.2017 mit der transmediale um 19:00 Uhr wieder
seine Türen.

Donnerstag, 02. Februar 2017

Eröffnungsabend ever elusive – thirty years of
transmediale

http://www.hkw.de/de/programm/projekte/veranstaltung/p_130611.php

Schwerpunkte der Bauarbeiten im Auditorium, geplant
von DFZ Architekten und dem Ingenieurbüro INNIUS
GTD, waren die Anpassung der Akustik an zeitgemäße
Anforderungen sowie eine flexiblere Nutzung des ge-
samten Raumes. Das modernisierte Akustiksystem ist
für das breit gefächerte HKW-Programm optimiert: von
Diskussionen und Lesungen bis zu allen Schattierun-
gen zeitgenössischer Musik. Die Bühne ist nunmehr an
unterschiedliche Formate anpassbar. Im Auditorium
und im Vortragssaal wurde die Bestuhlung restauriert.
Die ehemalige Studiogalerie wurde durch wenige archi-
tektonische Eingriffe besser zugänglich und firmiert von
nun an als Ausstellungshalle 2.

Unter neuer Bezeichnung, aber denkmalgerechter Auf-
arbeitung entsteht im unteren Foyer die Hirschfeld Bar.
Sie erinnert an den jüdischen Arzt und Pionier der Ho-
mosexuellen-Bewegung Magnus Hirschfeld, dessen
1919 gegründetes Institut für Sexualwissenschaft sich
in unmittelbarer Nähe des heutigen HKW befand. Die
weltweit erste Einrichtung für Sexualforschung wurde
1933 im Zuge der NS-Bücherverbrennungen geplündert
und anschließend endgültig geschlossen.

Die denkmalgerechte Sanierung und Modernisierung
des Gebäudes, einer Architekturikone der 1950er Jah-
re, schlägt eine Brücke zwischen veranstaltungstechni-
schen Anforderungen an eine zeitgenössische Kulturin-
stitution, einer nachhaltigen Gebäudebewirtschaftung

und dem Bewahren des Konzepts von Architekt Hugh
Stubbins.

Bereits 2006 erfolgte eine erste Teilinstandsetzung des
HKW mit einem Schwerpunkt auf Gebäude- und Ener-
gietechnik. Ende 2012 bewilligte der Deutsche Bundes-
tag für eine zweite Teilinstandsetzung 10 Millionen Eu-
ro Sonderförderung. Die Bauarbeiten begannen im Mai
2016 bei laufendem Betrieb.

Internet: <http://www.hkw.de/>

Bis 03.03., Ausstellung und Film -

HILAR UNA FRASE: WÖRTER ANEINANDERREIHEN

Ausstellungsort:
Scriptings
Kameruner Straße 47
13351 Berlin
Tel.: (030) 63961810

Öffnungszeiten:

Samstags 12:00-17:00 Uhr und nach Vereinbarung.

Mehr Information: <http://www.scriptings.net/>

Noch bis 3. März 2017 kann jeweils samstags von 12
bis 17:00 Uhr der Film von Karen Michelsen Castañón
„Hilar una frase: Wörter aneinanderreihen“ angesehen
werden. Der Film ist Teil der Ausstellung Scriptings
#47: Man schenkt keinen Hund.

Die Ausstellung beschäftigt sich mit Lehrmaterialien zur
Integration vor dem Hintergrund immer wieder auf-
flammender Leitkulturdebatten.



Der Ausstellungsname „Man schenkt keinen Hund“ be-
zieht sich auf eine Übung für das Pronomen „Man“. Gegenstand der Übung ist die Diskussion über adäquate Geschenke für eine Einweihungsparty. Die Ausstel-
lung ist als offenes künstlerisches Projekt konzipiert,
das die Idee der identitären Leitkultur rund um das
Thema ‚Integration‘ hinterfragen will.

25.02., Afrika-Haus, Black History Month:
„FATOU RAMA“-

Musikalische Lesung von und mit MFA KERA

Samstag, 25.02.2017, 20:00 Uhr - 23:00 Uhr

Afrika Haus Berlin

Bochumer Straße 25

3 Min. von der U9, U-Bhf. Turmstraße

Fatou Rama, eine kleine Novelle, die in den einfachen Worten eines jungen kreolischen Mädchen die Zeit zwischen 1959 und 1962 beschreibt, eine Periode des Umbruchs – für sie persönlich als sie von Madagaskar in den Senegal kam (in THIES) und für Afrika auf dem Weg aus dem Kolonialismus zur Unabhängigkeit. Fatou Rama ist Keras geliebte Nanny, die ihr die Mutter ersetzte.

Für alle, die Geschichten mögen, die zeigen, was zur heutigen Wirklichkeit beitrug.

Vortrag auf Französisch mit musikalischer Begleitung und Simultanübersetzung auf Deutsch mit Texten aus dem Kurzroman FATOU RAMA der Komponistin und Sängerin MFA KERA.

Eintritt 7 Euro

Info: <http://www.afrikahaus-berlin.de/events/black-history-month-fatou-rama-von-und-mit-mfa-ker/>

Der Black History Month wird in den Vereinigten Staaten alljährlich im Februar gefeiert. Dem voraus ging die „Negro History Week“, die in der zweiten Februarwoche gefeiert worden war. Initiiert wurde die Feierbewegung schwarzer Geschichte 1926 von Dr. Carter G. Woodson. Den Februar wurde gewählt, weil in diesem Monat Abraham Lincon, Frederick Douglass und Langston Hughes geboren wurden.

Kontakt

Afrika Haus Berlin
 Bochumer Straße 25
 10555 Berlin (Tiergarten)

Träger: Verein Farafina e.V.
 Leitung: Oumar Diallo

Tel./Fax: (030) 392 20 10

E-Mail: afrikahaus@t-online.de
 Internet: <http://www.afrikahaus-berlin.de>

Veröffentlichungen

„GEWALT GEGEN FRAUEN: ERKENNEN UND HELFEN“

Kostenlose Neuauflage verfügbar

Gewalt gegen Frauen – insbesondere Gewalt in der Partnerschaft oder innerhalb der Familie – ist keine Seltenheit und kann jede treffen – unabhängig von Alter, Bildungsstand, Einkommen und Herkunft. Betroffene Frauen leiden nicht nur unter den sichtbaren körperlichen Verletzungen, sondern auch unter seelischen Beschwerden und deren langfristigen Folgen. Oft trauen sie sich nicht, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die Zeitbild Stiftung eine erweiterte und aktualisierte Neuauflage des Zeitbild MEDICAL "Gewalt gegen Frauen: erkennen und helfen" herausgegeben.

Die Ärztemappe und das begleitende Patientinnenmagazin informieren über Ursachen und Formen von häuslicher Gewalt, bieten Anregungen zur Diagnostik, zeigen Interventionsmöglichkeiten auf und ermutigen betroffene Frauen, Unterstützungsangebote in Anspruch zu nehmen. Ein Schwerpunkt der Neuauflage ist u. a. das Thema Beratung und Hilfe für geflüchtete Frauen.

Das Patientinnenmagazin „Gewalt gegen Frauen: Sprechen Sie darüber!“ ist in den Sprachen Deutsch, Arabisch, Englisch, Russisch und Türkisch verfügbar.

Kostenlose Bestellung der Materialien und weitere Informationen unter:

<http://www.gesundheit-und-gewalt.de/kostenfreie-bestellung>.

Kontakt

Christina Georgieva
 Zeitbild Stiftung
 Rumfordstraße 9,
 80469 München

Tel.: (089) 2606440
 Fax: (089) 268279

E-Mail: christina.georgieva@zeitbild-stiftung.de